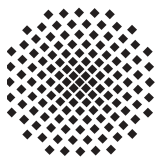




Teil II: Teilvorhaben

3. Soziale Stadtentwicklungsperspektiven und teilträumliche Szenarien



In diesen Teilvorhaben wurden Szenarien entwickelt und erprobt, die den Dialog mit den Bürgern und Experten vor Ort über Zukunftsfragen ermöglichen und befördern. Auf Quartiers-ebene kann an unmittelbare und alltägliche Erfahrungen angeknüpft werden. Die drei Quartiersszenarien beziehen sich auf die Teilräume Stuttgart-Bad Cannstatt, Stuttgart-Neckartal und Ostfildern-Scharnhauser Park.



3 Soziale Stadtentwicklungsperspektiven und teilräumliche Szenarien

Helmut Bott, Axel Fricke,
Johann Jessen

Städtebau-Institut der Universität
Stuttgart

3.1 Gemeinsame Vorgaben

3.1.1 Thematischer und methodischer Schwerpunkt

Im Teilvorhaben des Städtebau-Instituts wurden Szenarien mit Quartiersbezug für Stadtteile in Stuttgart und Ostfildern erarbeitet. Sie dienen als Grundlage für den Dialog mit Experten und Bürgern. Die Quartiersebene wurde gewählt, um im Dialog an unmittelbare sinnliche Erfahrungen mit konkreten Orten anknüpfen zu können. Insofern kann man diesen Teil des Projektes 2030 auch als den Versuch der „Demokratisierung der Leitbildproduktion“ sehen, für die zumindest im Bereich des Städtebaus und der Stadtentwicklung bisher eher ein innerfachlicher Referenzrahmen charakteristisch war. Das Projekt folgt der Einsicht, dass durchgreifende Veränderungen und Anpassungen vorhandener Strukturen nur möglich sind, wenn auch die nicht-institutionalisierten Akteure in den Entscheidungsprozess einbezogen sind. Dabei sind die Erwartungen, die an den Ertrag der Quartiersszenarien gestellt sind, zunächst eher bescheiden: Sie sollen durch vorbereitete Information und Diskussion zur „Selbstaufklärung“ der Beteiligten beitragen, den „Problemhorizont der Akteure“ erweitern und neue denkbare Optionen des Mitwirkens öffnen.

Es liegt eine unausweichliche Paradoxie in heutigen Leitbildern, die sie von früheren Leitbildern unterscheidet: Einerseits sind sie als Maßgabe für die Auswahl und Bewertung von Aussagen und Entscheidungen notwendig, andererseits lassen sich aber die komplexen und widersprüchlichen Anforderungen, die aktuelle Stadtentwicklung an Planung und Politik stellt, nicht mehr in ein einziges konsistentes Modell fassen. Leitbilder sind also nötig und unmöglich zugleich. Unmöglich, wenn man an sie den Anspruch stellt, sie könnten noch ein geschlossenes, in sich widerspruch-

freies, kohärentes System wiedergeben. Tatsächlich können sie aber nur Ausschnitte reflektieren. Hierin spiegelt sich der Grundkonflikt zwischen übergreifenden Zielen in der Stadtentwicklung: Wie können gleichzeitig möglichst viele in den Genuss der Vorzüge städtischer Lebensweise wie individuelle Freiheit, Mobilität, Vielfalt, Unabhängigkeit kommen? Wie kann es in den Städten Auskommen, Unterkunft und Sicherheit für möglichst alle geben? Wie kann man gleichzeitig die natürlichen Ressourcen als ein Fundament der Stadtentwicklung dauerhaft sichern? Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Grundwerte lassen sich nicht in einem einzigen Leitbild verankern und trotzdem hat sich Stadtentwicklung an ihnen zu orientieren (Jessen 1998, Becker 1999). Dieses Vorverständnis, von dem, was Leitbilder leisten können, bildet die gemeinsame konzeptionelle Grundlage für die drei Quartiersszenarien, die in diesem Teilvorhaben für drei sehr unterschiedliche Stadtteile in Stuttgart und Ostfildern entwickelt wurden (zu Methodik der Szenarien in der Stadtentwicklung Fellner/Gestring 1990, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung 1989).

Der methodische Schwerpunkt lag in der Entwicklung und Erprobung unterschiedlicher Anwendungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in öffentlichen Diskussions- und Partizipationsprozessen zu Fragen der Stadt- und Stadtteilentwicklung. Welchen Beitrag kann der Einsatz neuer Medien für die Qualifizierung derartiger Prozesse leisten?

Die drei Quartiersszenarien setzen unterschiedliche Schwerpunkte entsprechend dem jeweiligen sozialräumlichen bzw. funktionalen Profil der drei Gebiete. Übergreifender gemeinsamer Fokus ist das Thema der sozialen Integration. Die drei Teilräume stehen gleichzeitig stellvertretend für sich überlagernde sozialräumliche Muster der Desintegration. Hintergrund sind der erwartbare demographische Wandel, die Prozesse der Globalisierung und die Konsequenzen, die sich daraus auch für eine voraussichtlich weiterhin dynamische Wirtschaftsregion wie die Region Stuttgart ergeben werden. Wie werden diese aus der Sicht unterschiedlicher Gruppen bewertet? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus auf der Ebene städtischer Quartiere? Welche Anforderungen zeichnen sich für kommunale Politik ab?

3.1.2 Quartiersauswahl

In diesem Teilvorhaben ist der Quartiersbezug doppelt geknüpft. Zum Einen werden Quartiere als beispielhafte Ausschnitte verstanden, um die alltägliche Erfahrungswelt künftiger Stadtbewohner räumlich-baulich oder szenisch abzubilden und sie so zum Gegenstand der Diskussion mit den jetzigen Bewohnern über deren Zukunft zu machen. Jedem fällt es schwer, sich langfristige Vorstellungen über die eigene weitere Zukunft (mit einem Horizont, der eine ganze Generation umgreift) zu machen; am ehesten ist dies wohl für den Raum möglich, der einem am vertrautesten und im Alltag am wichtigsten ist. Zum Anderen ist der Quartiersbezug exemplarisch, insofern für den Quartierstyp Entwicklungsoptionen vorgestellt und diskutiert werden, die von allgemeiner Bedeutung sind und über das konkrete Quartier selbst hinausweisen; so etwa die Frage der zukünftigen Entwicklung des industriellen Sektors und ihrer sozialen Auswirkungen. Der Quartiersbezug erhöht in jedem Falle die Anschaulichkeit, um abstrakte Themen zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen breiter Diskussion zugänglich zu machen.

In enger Abstimmung aller Projektbeteiligten wurden für die Quartiersszenarien folgende Teilräume ausgewählt (vgl. Kap.I.5):

■ **Stuttgart – Bad Cannstatt**

■ **Stuttgart – Neckartal**

■ **Ostfildern – Scharnhauer Park**

Damit fiel die Entscheidung zugunsten solcher Quartiere, die heute schon bezogen auf die Thematik Dynamik und Soziale Integration wichtige

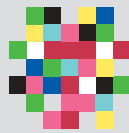
Schwerpunkte der kommunalen Planungs-, Sozial- und Integrationspolitiken bilden und vermutlich auch zukünftig bleiben werden.

(1) Teilraum Bad Cannstatt –
multiethnischer Schmelztiegel.

Der Teilraum Bad Cannstatt (Bereich rund um das „Neckarknie“) kann mit seinem klein- bis mittelstädtischen Gepräge auf eine lange, vielschichtige Tradition verweisen. Er gehört zu den Stadtteilen mit den höchsten Ausländeranteilen in Stuttgart (in einigen Quartieren Cannstatts über 50%). Zudem umfasst er viele belastete durch Verkehrsstrassen aus dem städtischen Kontext herausgeschnittene und gestalterisch vernachlässigte Quartiere im Schatten der Industriezone und Inseln mit hoher Segregation. Bad Cannstatt wird die ersten Quartiere aufweisen, in denen in Stuttgart die Zuwanderer und ihre Nachkommen die Bevölkerungsmehrheit bilden. Schon heute gibt es ein enges, nicht immer konfliktfreies Nebeneinander von nicht mobilen und hochmobilen, bürgerschaftlich etablierten und sozial unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen. Soziale Ausgrenzung und Armut infolge von Arbeits- und Obdachlosigkeit sind hier Phänomene, die in den öffentlichen Räumen am Rande des Stadtkernes sichtbar werden. Schon heute stellt sich in zugespitzter Form die Frage, wie sich Bewohner das zukünftige Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sowie kultureller Orientierung (Religion, Lebenskonzepte) vorstellen. In diesem Teilraum lassen sich die Konflikte und Chancen, die sich aus der besonderen sozial-räumlichen Konstellation ergeben, besonders gut thematisieren.



ABB. 27 :
BAD CANNSTATT



(2) Teilraum Neckartal –
Industriezone im Umbruch.

Der Teilraum Neckartal bildet ein Industrieband entlang des vor Jahrzehnten begrädigten Flusses und schließt Hafenaareale, ausgedehnte Industrie- und Gewerbegebiete ebenso wie die Industrie- arbeiter vororte, ehemalige Weinbauerdörfer, mit ein. Das Neckartal eignet sich in doppelter Hinsicht, um Vorstellungen für ein zukünftiges „postindustrielles“ Stuttgart zu entwickeln, das seine starke industrielle Prägung mit hoher Wahrscheinlichkeit in den kommenden dreißig Jahren verlieren, bzw. stark verändern wird. Es steht zu erwarten, dass die industriellen Zonen entlang des Neckars wichtige Flächenreserven der Stadt und damit Gestaltungsspielräume für die zukünftige Entwicklung darstellen. Dadurch werden sich aber auch das Umfeld und die Entwicklungsbedingungen der sogenannten Neckarvororte wie Untertürkheim, Wangen usw. dramatisch ändern.

(3) Teilraum Ostfildern Scharnhäuser
Park – neuer Stadtteil im Umland.

Mit dem Scharnhäuser Park in Ostfildern (32.000 Einwohner) wurde die größte aktuelle Stadterweiterung im Land Baden-Württemberg ausgewählt; der neue Stadtteil, der bis 2010 auf 8 000 Einwohner und 2 000 Arbeitsplätze angewachsen sein soll, ist noch im Bau. Der Bezug zum Thema „Soziale Integration“ liegt auf der Hand. In vielen Städten sind es die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahren, in denen sich Migranten konzentrieren und die Häufung sozialer Konflikte und Probleme Anlässe für kommunale Interventionen,

unter anderem im Rahmen des Programms Soziale Stadt, geben. Es ist das Interesse aller Beteiligten, den neu entstehenden Stadtteilen eine solche Entwicklung zu ersparen. Thematischer Schwerpunkt ist das Wohnen in den Großsiedlungen der neuen Generation: Individualisierung, steigende Lebenserwartung, wachsende räumliche Mobilität, Internationalisierung des Stadtteils, Eindringen der neuen Medien in den Alltag, Ausdünnung der nahräumlichen Versorgung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen usf.

3.1.3 Zeithorizont

Gemeinsam ist allen drei Szenarien die langfristige Zeitperspektive bis 2030 bzw. 2020. Das damit gesetzte Moment des Spekulativen ist gewünscht und unvermeidlich zugleich. Nicht-Wissen und mögliche Entwicklungsbrüche (z.B. durch unvorhersehbare Ereignisse) können angesprochen werden, um die prinzipielle Bandbreite von Veränderungen bewusst zu machen. Beim Quartiersszenario Bad Cannstatt wurde aus pragmatischen Gründen der Zeithorizont auf das Jahr 2020 verkürzt; dieses erschien für die Adressaten, Jugendliche aus Bad Cannstatt, angemessener und nachvollziehbarer. Der Beginn des Szenarios Bad Cannstatt wurde zurückdatiert bis in das Jahr 1990 (also 30 Jahre bis 2020), der Öffnung der mitteleuropäischen Grenzen, eine Wendemarke, die den Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch halbwegs bewusst zu sein schien und die auch die „Cannstatter Stadtgesellschaft“ nachhaltig veränderte.



ABB. 28:
NECKARTAL



ABB. 29:
OSTFILDERN
SCHARNHAUSER PARK

3.1.4 Soziale Integration: gemeinsamer inhaltlicher Fokus und unterschiedliche thematische Schwerpunkte

Soziale Integration steht als übergreifendes Thema im Mittelpunkt aller drei Quartiersszenarien. Es nimmt damit das im „Bündnis für Integration“ der Landeshauptstadt Stuttgart genannte Handlungsfeld Förderung der Integration in den Stadtteilen auf und stellt es in eine langfristige Perspektive (Landeshauptstadt Stuttgart 2001). Gewöhnlich wird unterschieden zwischen ökonomischer Integration (Integration in den Arbeitsmarkt und in die sozialen Sicherungssysteme), politischer Integration (Rechte und Chancen auf Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen) und sozialer wie kultureller Integration (Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, d.h. unter anderem an den privaten und staatlichen Infrastrukturangeboten) (Göschel 2001). Es besteht Einigkeit, dass soziale Integration ein Prozess ist, der nur gelingen kann, wenn bei allen Beteiligten die aktive Bereitschaft dazu vorhanden ist. Es besteht des weiteren Konsens, dass dies zwar auch eine wichtige Aufgabe der Politik auf allen Ebenen (Bund, Land und Kommune) ist, aber genauso eine Frage der Normen und Werte der angesprochenen sozialen Gruppen und der Anforderungen, denen sie in Beruf, Ausbildung und Quartier ausgesetzt sind.

Das Thema Soziale Integration umfasst sehr viele Facetten. In den Quartiersszenarien werden jeweils unterschiedliche Ausschnitte thematisiert. Das Quartiersszenario Bad Cannstatt entwickelt Vorstellungen, wie sich das normativ (sozial und politisch) wirksame Integrationsmodell eines eher noch kleinbürgerlichen Milieus auf die dauerhafte Herausforderung der Migration in einer offenen Großstadtgesellschaft einstellen kann. Zugleich wird das Thema Integration in Verbindung mit laufenden Stadterneuerungsmaßnahmen im lange vernachlässigten Vorstadtgürtel am Neckar gebracht, der mittlerweile als sozial überforderter Einstiegsraum für Migranten gilt.

Das Quartiersszenario Neckartal erweitert das Betrachtungsspektrum um den Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Pfaden der technologischen, demographischen und ökonomischen Entwicklung, die auf die Umstrukturierung des Neckartals projiziert werden. Im Quartiersszenario Scharnhäuser Park werden solche Aspekte der

sozialen Integration angesprochen, die im engeren Bezug zu den Lebensumständen in Wohnung und Quartier stehen: soziale Integration zwischen den Generationen; soziale Integration von Migranten und Veränderungen im Wohnen, die sich aus einer wachsenden Durchdringung des Alltags mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben.

3.1.5 Erprobungsrahmen: Partizipation, Adressaten und Neue Medien

Das Thema der langfristigen Folgen des demographischen Wandels und der Zuwanderung wurde bislang nicht nur im politischen Alltag, sondern auch in der langfristigen kommunalen Politik weitgehend verdrängt. Ein wichtige Aufgabe des Gesamtprojekts „StadtRegion Stuttgart 2030“ wird darin gesehen, Fragen zur sozialen Integration in die kommunalpolitische Diskussion so einzubringen, dass sie nicht sofort zum Gegenstand politischer Tageskämpfe werden. Der Beitrag dieses Teilvorhabens war es, das Thema auf teilträumlicher Ebene zum Gegenstand einer Diskussion unter Bürgern zu machen. Die drei Quartiersszenarien wurden in unterschiedlichen sozialen und institutionellen Rahmen entwickelt und zur Diskussion gestellt. Entsprechend variierten der konzeptionelle Zuschnitt, die Adressaten und die Kooperationspartner.

Adressat des Quartiersszenario Bad Cannstatt 2020 waren Realschüler des neunten Schuljahrs (Klasse 9a). Die Erprobung war in offene Projekt-tage der Schule eingebunden und wurde maßgeblich von der Schulleitung und den zuständigen Lehrern mitgetragen. Das Quartiersszenario Neckartal 2030 wurde für Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Planung konzipiert und richtete sich an ausgewiesene Kenner der wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Das Quartiersszenario Scharnhäuser Park 2030 sprach vorrangig die Bewohner des neuen Stadtteils an. Es wurde im Rahmen des Forums Scharnhäuser Park, einer Bürgerinitiative zum neuen Stadtteil, in enger Verbindung mit der Stadtverwaltung Ostfildern auf einer eineinhalbtägigen Veranstaltung diskutiert.

Je nach Erprobungsrahmen wurden die inhaltlichen Impulse unterschiedlich aufbereitet und medientechnisch übersetzt. Mit der Variation des Medieneinsatzes und der mediendidaktischen



Konzeption sollte exemplarisch erprobt werden, welche Potenziale in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Qualifizierung von Bürger- und Fachdialogen liegen. Zwar gibt es inzwischen erste Ansätze und Experimente mit dem Einsatz neuer Medien bei der Bürgerbeteiligung (Märker et al. 2002, Rescher 2001). Mit der Entwicklung von mediengestützten teileräumlichen Szenarien betrat das Projekt zumindest in dieser Hinsicht in Deutschland Neuland; insofern wurden Prototypen entwickelt. Folgende Erwartungen waren mit dem Einsatz der neuen Medien verbunden:

- Visualisierung: Erhöhung der Anschaulichkeit; eine besondere Qualität der neuen Medien liegt gerade in der Möglichkeit, ins Bild zu setzen, was es noch nicht gibt
- Information und Kommunikation: spielerische Vermittlung von Fakten und Argumentationen
- Interaktivität: Ermittlung von Meinungsbildern bis hin zur interaktiven Generierung von Leitbildern.

Allerdings war von vornherein klar, dass angesichts der zeitlichen Beschränkungen nur ein Probelauf mit einem Prototyp möglich war. So konnte aus diesen Gründen mit der Interaktivität nicht hinreichend experimentiert werden. Es wurden drei CD-ROM entwickelt und in Beteiligungs – und Diskussionsveranstaltungen erprobt; eine internetgestützte Entwicklung und Erprobung der Szenarien wäre ein nächster Schritt. Die drei CD enthalten den konzeptionellen, inhaltlichen und methodischen Kern des Teilvorhabens des Städtebau-Instituts (vgl. die Animation zu den Quartiersszenarien auf der CD-ROM anbei).

3.2 Quartiersszenarien

3.2.1 Quartiersszenario Bad Cannstatt: 2020

Fragestellung

Das Quartiersszenario „Urbaner Schmelztiegel“ Bad Cannstatt behandelte das Thema Migration und Integration in innerstädtischen Vorstädten. Es wurden zwei im thematischen Schwerpunkt Soziale Integration miteinander verknüpfte Fragen in den Vordergrund gerückt:

- *Wie kann das sozialräumlich wirksame Entwicklungspotenzial, das in der besonderen Geschichte des Ortes, hier Bad Cannstatt, angelegt ist, für heutige und zukünftige Stadtvorstellungen aktiviert werden?*
- *Wie können die Folgen der Globalisierung für den Ort thematisiert und sein spezifisches Reaktionspotenzial ausgelotet werden?*

Das Szenario „Schmelztiegel Bad Cannstatt 2020“ verfolgt das Anliegen, Integrationsfragen (soziale Dimension) und eine den Neckar übergreifende Stadtentwicklung (räumliche Dimension) möglichst plastisch heraus zu arbeiten. Dabei soll perspektivisch aufgezeigt werden, wie eine künftige durch Migration und Ethnisierung (als Folgen der Globalisierung) geprägte Großstadtgesellschaft trotz ihrer inneren Spannungen zur Schaffung kulturell offener Räume, zur politischen Emanzipation interkultureller Milieus und zur Erneuerung der sozial vernachlässigten Vorstädte am Neckar beitragen kann. Bad Cannstatt wird als offen-transitiver Raum der Großstadt gedacht, in dem traditionelle Integrationsformen zwar nicht mehr greifen, aber neue Integrationskräfte mobilisiert werden können. Bad Cannstatts Zukunft wird daher als Fortsetzung und Erweiterung seiner authentischen Geschichte begriffen und begründet. Zur Diskussion gestellt wird dann ein zukünftiges Raumbild, dessen Kraft sich aus den früheren, möglicherweise immer noch identitätswirksamen Raumbildern speist und in das hypothetische Gesellschaftsentwicklungen „eingearbeitet“ werden. Die dadurch angeregte Debatte über soziale Entwicklungsperspektiven kann, so die Erwartung, die langfristige Stadtentwicklungspolitik beeinflussen.

3.2.1.2 Teilraum Bad Cannstatt

Bad Cannstatt bringt für diesen Ansatz besondere Voraussetzungen mit:

- Bad Cannstatt ist Einstiegsraum für unterschiedliche Gruppen von Migranten (Heimatvertriebene, Gastarbeiter, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber), die sich seit über 50 Jahren mit den Integrationsanforderungen eines kleinstädtischen Milieus arrangieren konnten. Seit Beginn der 1990er Jahre haben Migrationsschübe auch in Bad Cannstatt neue

	Quartiersszenario Bad Cannstatt	Quartiersszenario Neckartal	Quartiersszenario Scharnhäuser Park
Thematische Fokussierung Soziale Integration	Zusammenleben in multi-ethnischen Quartieren und verschiedene Formen von Integrationsprozessen, ethnische Gentrifikation und soziale Verdrängung, kulturelle Repräsentanz in öffentlichen Räumen und jugendliche Subkultur.	Lokale Wirkungen globaler wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Entwicklungstrends	Zukünftiges Wohnen und Wohnumfeld; kulturelle und soziale Repräsentanz in öffentlichen Räumen und Institutionen
Gebietstyp	Vorstädtische, multi-ethnische und sozial gemischte Altbauquartiere	Im Umbruch befindliches Industrieband entlang des Neckars mit den angrenzenden Industriearbeitervororten und ehemaligen Dörfern	Neue Großsiedlung in einer Randgemeinde Stuttgarts (im Bau)
Zeitlicher Horizont	2020	2030	2030
Adressat	Medienerprobte, multi-ethnische Schulklasse (15 –16 Jahre) sowie Lehr-Personal	Fachexperten und Schlüsselpersonen aus Konzernen, Verwaltungen und Verbänden der Region	Bewohner des Scharnhäuser Parks, Bürger Ostfilderns
Kooperationspartner	Jahn-Real-Schule, Bad Cannstatt	Stadtplanungsamt Stuttgart	Stadtverwaltung Ostfildern; Forum Scharnhäuser Park
Erprobungsrahmen	Zweitägiger Workshop (Quartiersrundgänge, Bluebox, Medienlabor) Schulische Projekttag in Kooperation mit den Lehrern	Experteninterviews zur Vorbereitung; halbtägige Gesprächsrunde mit Experten, Präsentation in Firma (Bosch)	Zweitägiger Open-Space-Workshop im Rahmen eines Auftakttreffens des Forum Scharnhäuser Park (Kooperation von Fachbereich II und Städtebau-Institut)
Modus des Medien-einsatzes	Szenische Dokumentation als CD (Drehbuch mit Protagonisten) sowie Forschungsinput	Informationsinput drei paralleler Szenarien auf CD zur Fundierung und Anregung der Fachdiskussion	CD mit Szenen und Szenarien als Diskussionsimpuls

Abb. 30
TEILPROJEKT SOZIALE
STADTENTWICKLUNGS-
PERSPEKTIVEN UND TEIL-
RÄUMLICHE SZENARIEN-
QUARTIERSZENARIOEN IM
ÜBERBLICK



multiethnische Milieus erzeugt, die von sozialer Verdrängung und kleinräumiger Segregation geprägt sind.

- Bad Cannstatt ist ein Stadtteil in hochwertiger Lage, aber mit verborgenen Entwicklungspotenzialen, der schon seit Längerem von den Folgen der Großstadtentwicklung (Verkehr, Migration, Großprojekte) benachteiligt überformt wird und dessen Möglichkeiten grundsätzlich erst mit der Stuttgarter Olympiabewerbung wieder stärker ins Blickfeld rückten.
- Bad Cannstatt ist ein Ort mit markanter und zugleich widersprüchlicher Geschichte und Tradition als ehemaliger Bäderkurort von Rang (mit den zweitgrößten Mineralquellen Europas) und bevorzugter Standort von Schulinternaten, aber auch als Wiege weltweit erfolgreicher Erfindungen und früh schon bedeutender Industrieentwicklungen.

Projektrahmen

Konzeptidee Szenario

Ausgangspunkt für das Quartiersszenario ist die Annahme, dass aufstiegsorientierte Migranten bis ins Jahr 2020 zur gesellschaftlichen Öffnung und ethnisch geprägten Gentrifikation Bad Cannstatts beitragen werden. Aus dem heute „überforderten“ Stadtteil, insbesondere den vernachlässigten Vorstadtquartieren am Neckar mit einer weit überdurchschnittlichen Konzentration an unterprivilegierten Haushalten wird ein „urbaner Schmelztiegel“ entstehen, mit einer pluralistischen und sich politisch emanzipierenden interkulturellen Stadtgesellschaft (Etablierung im Zuge der europäischen Integration). Sie ist sozial gespalten und zugleich solidarisch organisiert; sie bewegt sich zwischen neuen sozialen Brennpunkten, interkulturellen Events und informeller Selbsthilfe. Integration heißt hier, dass eine Stadt das Nebeneinander sozialer Aggregatzustände und die damit verbundenen Spannungen aushalten und es integrationsfördernde Milieus und Orte des interkulturellen Austauschs geben kann. Damit soll ein optimistischer, ermutigender Aufbruch in die Zukunft vorgezeichnet werden.

Adressat

Zentraler Baustein des Szenarios ist ein Drehbuch mit Protagonisten bzw. Vertretern einer interkulturellen Gesellschaft, die den Alltag im Jahr 2020 miteinander erleben. Adressaten sind Jugendliche, mit denen gemeinsam das Szenario entwickelt wurde. Sie werden als Seismografen aktueller, oft aber latenter gesellschaftlicher Entwicklungen gesehen und als diejenigen angesprochen, die die städtische Zukunft in je verschiedenen Rollen mit gestalten werden (simuliert durch ein Drehbuch). Adressaten waren Jugendliche unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft in Bad Cannstatt, heranwachsende Menschen, die den Prozess der gesellschaftlichen Öffnung des Stadtteils seit 1990 direkt verfolgen konnten, im Jahre 2020 noch mitten im Leben stehen und dann den gesellschaftlichen Alltag prägen werden. Diese Jugendlichen besitzen teilweise Migrationserfahrungen und interkulturelle Kompetenzen, die sie in die Erneuerung Bad Cannstatts einbringen könnten. Sie wurden ermutigt, sich mit der Zukunft ihres Stadtteils auseinanderzusetzen. Der Einsatz der neuen Medien sollte auch den Zugang zu den Jugendlichen erleichtern.

Den organisatorischen Rahmen bildete eine Unterrichtswoche mit Projekttagen an der Jahn-Realschule in Bad Cannstatt. Als geeignete Projektgruppe wurde in enger Kooperation mit engagierten Fachlehrern die Klasse 9a ausgewählt. Folgende Gründe sprachen für diese Wahl:

- Durch sie wird ein Querschnitt der sozialen und ethnischen Verhältnisse repräsentiert.
- Das Einzugsgebiet der Schüler ist vornehmlich noch Bad Cannstatt.
- Medienausstattung und entsprechende Kompetenzen waren an dieser Schule bei den Lehrern und den Schülern dieses Jahrgangs in besonderer Weise gegeben.

Gesucht wurde eine geeignete Form der Mitwirkung, um neue Medien zur Simulation des großstädtischen Alltags unter künftigen Rahmenbedingungen jugendgerecht zu testen und mithilfe der Zielgruppe konkrete Vorstellungen davon zu entwickeln, wie die Integration von Migranten und ihrer Alltagskultur gelingen kann.

Projektverlauf

Die Erprobung ließ sich im Rahmen des Lehrplanes bzw. bestehender schulischer Veranstaltungen (Medien-AG) durchführen. Dazu wurde mit einwöchigem Vorlauf und in enger Arbeitsteilung mit beteiligten Fachlehrern am 24./25. Oktober 2002 ein zweitägiger Workshop veranstaltet. Voraussetzung waren eine gute Betreuung durch Lehrpersonal und die Experimentierfreude aller Teilnehmer. Die Schule übernahm die schulpädagogische Vorbereitung, leistete „Übersetzungshilfe“ im Hinblick auf schwierige Inhalte, moderierte den Workshop zusammen mit dem Städtebau-Institut und vermittelte die Erfahrungen, die Schüler mit dem Projekt gemacht haben.

Zentraler Baustein war ein Szenario, das – ergänzt durch den „Stadtplan der Zukunft“ – als Drehbuch für einen Tag des Jahres 2020 konzipiert wurde und das in drei Handlungssträngen den fiktiven Alltag verschiedener Protagonisten beschreibt, die in Schlüsselszenen aufeinander treffen. In diesen Szenen werden Karriereverläufe und Lebensgeschichten von Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund als Stellvertreter einer interkulturellen Stadtgesellschaft sichtbar. Die Rollen wurden von den Lehrern und Schülern übernommen. Als übergreifende Gesprächsanlässe über Zukunftsfragen wurden zum einen

Wasser in der Stadt in Referenz zur Lage Bad Cannstatt am Neckar und zu seiner inzwischen verschütteten Tradition als Bäderstadt sowie der Öffentliche Raum wegen seiner unmittelbar einleuchtenden Bedeutung für den außerschulischen Alltag von Jugendlichen gewählt.

Der während des Workshops ausgewählte Kreis der Schüler wurde in zwei Hauptgruppen unterteilt; ein Teil von ihnen wurde, versehen mit einer Aufgabenstellung und mit Digitalkameras, auf verschiedene Routen durch den Stadtteil geschickt, um Drehorte zu finden und geeignetes Bildmaterial für das Szenario zu erzeugen. Dieses Material wurde zu Bildmontagen, zu kleinen Routenprotokollen verarbeitet, die die Gedanken und Empfindungen festhielten. Mit der zweiten Gruppe wurden innerhalb der Schule jene Schlüsselszenen gedreht, für die die Schülerinnen und Schüler nach einem vorgegebenen Grobkonzept ein Rollenspiel mit Dialogen und Handlungen mitentwickelten. Der Workshop und die Arbeit mit Medientechnologien bot den Schülern die Gelegenheit, die eigenen Horizonte spielerisch zu erweitern. Über die szenischen ins Comic- und Fotoromanhafte hineinreichenden Elemente wurden die für Jugendliche zunächst eher abstrakten Forschungsanliegen in deren Vorstellungswelt „übersetzt“. Dabei wurde Zeitgeschichte als Chronologie von Ereignissen mit Bezug zu Jugendthemen konzipiert, was sich

ABB. 31
WORKSHOP
JAHN-REALSCHULE





ABB. 32
SCREENSHOT QUARTIERS-
SZENARIO SCHMELZTIEGEL
BAD CANNSTATT 2020



als tragfähige Methode erwies, um verschiedene Zeiträume und gesellschaftliche Entwicklungen begreifbar und medientechnisch „erlebbare“ zu machen.

Die Ergebnisse bildeten den inhaltlichen wie materiellen „Rohstoff“, aus dem Projektbearbeiter des Städtebau-Instituts einen interaktiven Flash-Film zusammengestellt haben, der sich möglichst nah an den durch die Jugendlichen eingebrachten Intentionen orientiert. Die CD-ROM soll im fortgeschrittenen Schuljahr (Ende April 2003) in der Jahn-Realschule präsentiert und im Anschluss einer qualifizierten Öffentlichkeit im Stadtbezirk vorgestellt werden. Dann wird sich zeigen, ob dieses Experiment, Zukunftsszenarien unter Einsatz neuer Medien zielgruppenadäquat zu entwickeln, auch aus der Sicht der Jugendlichen selbst als gelungen angesehen wird, und ob überdies das Resultat geeignet ist, auf seiner Grundlage Zukunftsfragen sozialer Integration in einer längerfristigen Perspektive auf Quartiers-ebene öffentlich zu diskutieren.

Fazit

Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen zeigte, dass offensichtlich für die soziale und kulturelle Integration Schule und Sze-
neleben in der Großstadt eine größere Bedeutung

haben als die Verankerung im eigenen Quartier. Zwar haben die Jugendlichen einen ausgeprägten Orts- und Quartiersbezug, der aber zunehmend negativ besetzt zu sein scheint bzw. defizitär gedeutet wird. Unvermuteterweise werden Filialen von „Fast-Food-Ketten“ als Treffpunkte eher aufgesucht als Jugendeinrichtungen; öffentlichen Räumen wird ein Mangel an Attraktivität attestiert. Zum anderen werden – vermutlich verursacht durch globale Raumbilder, die via Medienkonsum vermittelt werden – metropolitane Stadtwünsche sehr konsequent auf die kleinstädtischen Verhältnisse projiziert: Filmstudios, Event-industrien, Musical-Häuser sind die einschlägigen Metaphern.

Gleichzeitig bewegen sich die Jugendlichen in Zwischenwelten und Zwischenkulturen, die ihnen Verhaltensoptionen bieten, die häufig übersehen werden. Sie leben „Trends“ vor, sei es durch interkulturelle und subkulturelle Aktivitäten, sei es durch unorthodoxe Nutzungen neuer Medien im Alltag (Internet, Handy). Es sind Lern- und Annäherungsprozesse, in denen – auch ungeachtet der klaren Abgrenzungen zu Jugendlichen eines anderen sozialen Status und der für Jugendliche existenziellen Frage der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs – Chancen für die Integration von Menschen unterschiedlicher

ethnischer und sozialer Herkunft liegen. Jugendliche sind für das Aufspüren von Antworten für sozialintegrative Belange und für die damit in Zusammenhang stehenden Zukunftsfragen eine überaus geeignete Zielgruppe („Seismografen“). Sie sollten möglichst frühzeitig ermutigt werden, sich an urbanen Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Schulen können einen geeigneten, offenen Rahmen für die Diskussion von Zukunftserwartungen im Zusammenhang mit der eigenen Alltagswelt bieten. Dies könnte langfristig neue Chancen für späteres Bürgerengagement und für die kommunale Politik als Ganze eröffnen.

3.2.2 Quartierszenario Neckartal 2030

Funktion und Fokus des Szenarios

Die Entwicklung von Leitbildern stützt sich, bewusst oder unbewusst, stets auf erwartete, aber prinzipiell ungewisse Annahmen zur zukünftigen realen Entwicklung. Diese Annahmen sind nicht wissenschaftlich überprüfbar. Je plausibler sie sind, desto stärker vermögen sie auf das Handeln der Menschen einzuwirken, und in dem sie dies tun, verändern sie die Zukunft, sei es im Sinne der Annahmen (die berühmten „self-fulfilling prophecies“) oder aber im Gegensatz zu ihnen durch die Provokation von Gegenreaktionen. Diesem unauflösbaren Dilemma versucht das Quartierszenario „Neckartal“ dadurch gerecht zu werden, dass denkbare alternative Entwicklungsverläufe möglichst differenziert und zugleich bildhaft dargestellt werden und der Zusammenhang der einzelnen Einflußgrößen möglichst transparent gemacht, darüber hinaus aber der prognostische wie programmatische Anspruch zurückgenommen wird. Es will nicht mehr sein als adäquat aufbereitetes, d.h. der Komplexität der Thematik verpflichtetes Material, das eine fachliche Diskussion über langfristige Entwicklungsziele stimuliert.

Grundlagen bildeten die explorative Sondierung einschlägiger sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Zeitdiagnosen, wie sie mit Namen wie Castells (2001), Rifkin (1997, 2000), Liedtke (2003) oder Sennett (1989) verbunden sind, die Sichtung aktueller Analysen des Entwicklungspotenzials der Region (Caspar/ Dispan 2002; Kreh 2001; Ring 2002 u. a.) sowie naturwissenschaftliche und technologieorientierte publizistische

Blicke in die Zukunft, vor allem aus der Zeitschrift Spektrum der Wissenschaft. Neben dieser kurssokratischen Auswertung der Fachliteratur zu Perspektiven der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung waren außerdem Fachgespräche mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, von Firmen und der regionalen Wirtschaftsförderung Bestandteil der Informationserhebung. Eine „Objektivierung“ der zweifellos subjektiven Informationsauswahl aus dem schier endlosen Feld von Spekulationen zur zukünftigen Entwicklung im Zeitalter der Information und der Globalisierung ermöglichte das Experten-Delphi, das im Rahmen des Gesamtprojektes von der Kommunalentwicklung (KE) durchgeführt wurde. In den Stellungnahmen der Experten war eine erstaunlich positive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung Stuttgarts sowohl relativ, im nationalen Vergleich mit anderen Regionen der Bundesrepublik, als auch absolut in der Einschätzung der Wachstums- und Entwicklungsperspektiven zu verzeichnen.

Diese Einschätzungen wurden beim Szenario „Neckartal“ sozusagen als „Regressionsfunktion“ denkbarer zukünftiger Entwicklungsalternativen genommen, von der aus die Abweichungen der Szenarien gedacht wurden. Als ein wesentlicher Aspekt sollte dabei das Verhältnis von der sozialen Lebenswelt in Stadt und Region einerseits und der globalisierten Ökonomie mit ihrem Einfluss auf Ort und Raum des alltäglichen Lebens dargestellt werden. Andersherum ausgedrückt: Der denkbare Bedeutungsverlust des Ortes, die „Entlokalisierung“ des Lebens für viele Menschen im Zeitalter der Globalisierung sollte in die Darstellung zukünftiger Entwicklungen eines konkreten Teilraumes einbezogen werden. Die Hypothese war also, dass globale ökonomische Prozesse in der Ökonomie und in der Entwicklung der Wissenschaften und der Technik ganz unmittelbare, auch auf die Quartiersebene durchschlagende Auswirkungen haben.

Es wurde von der These ausgegangen, dass die Bedeutung des konkreten Ortes und Raumes als soziale Lebenswelt, die das Leben der Menschen prägte, stark abgenommen hat und weiter abnehmen wird. Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen: Welche Stabilität werden regionale, aus der Tradition kommende Lebensformen in Zukunft noch haben? Werden „Heimat“ und die Bindung



an einen Ort unter dem Einfluss wachsender (politisch und ökonomisch geforderter) Mobilität und Internationalisierung bedeutungslos, oder zum zeitweiligen „Refugium“ aus dem Sturm des aktiven Lebens, zum temporären Fixpunkt im oszillierenden Lebensweg, zum Identität stiftenden Lebensmittelpunkt, den man immer wieder zum Einjustieren des Lebensentwurfs benötigt?

Teilraum Neckartal

Das „Quartierssszenario Neckartal“ bezieht sich zwar auf einen konkreten Standort, den Bereich des Neckartals südlich von Bad Cannstatt und nördlich von Esslingen. Gleichzeitig aber sollte an diesem Teilraum der Wirtschaftsstandort Stuttgart behandelt werden – pars pro toto. Das Neckartal schien sich als Teilraum hierfür zu eignen, da es eine lange und bedeutende historische Entwicklung aufweist, eine der „Wiegen“ der Industrieregion Stuttgart und der deutschen Automobilindustrie darstellt, gleichzeitig aber als alte Kulturlandschaft in der Nähe der Kernstadt ein großes Gestaltungs- und Nutzungspotenzial aufweist. Somit konnte davon ausgegangen werden, dass sich an diesem Ort für die Zukunft eine Auffächerung in weit auseinander liegende Nutzungsperspektiven vom Industriestandort bis zur renaturierten Flusslandschaft mit eingelagerten hochwertigen baulichen Nutzungen in plausibler Weise in Szenarienform darstellen lassen.

Konzeption des Szenarios

Adressat

Als Zielgruppe, mit der das Szenario diskutiert werden sollte, wurden in der Konsequenz aus den genannten Zielen vor allem Fachleute aus den Bereichen der Wirtschaft (aus Firmen, Verbänden, Wirtschaftsförderung) und der planenden Zunft (Stadt und Region, freie Planungsfirmen) anvisiert.

Subjektive Perspektive

Um das subjektive ErLeben objektiver Veränderungen nachzuzeichnen und das ErLeben oder ErLeiden bzw. das aktive Navigieren in stürmischen Zeiten plastisch machen, wurde im Quartierssszenario eine subjektive Darstellungsweise entlang einer Biographie gewählt. Der Lebenslauf eines Protagonisten und seine individuelle

Geschichte wurden als „Erscheinungsort“ möglicher allgemeiner Entwicklungen gezeichnet. Die Annahmen zu den allgemeinen Randbedingungen der „Lebensgeschichten“ des Protagonisten entstanden

- aus der oben genannten Auswertung einschlägiger Publikationen und den Einschätzungen des Experten-Delphi,
- aus der Annahme, dass die Megatrends der demographischen Entwicklung (Alterung, Immigration), der ökonomischen und politischen Entwicklung (Globalisierung, Internationalisierung) sowie die Kontinuität rapider wissenschaftlich-technischer Innovationen anhalten.

Als Zwischenschritt zur Konkretisierung und Übertragung dieser allgemeinen Annahmen und Trends in die Sphäre subjektiven ErLebens wurde versucht, durch die Analyse möglicher Wechselwirkungen der Megatrends Inhalte zu destillieren, die als lebensgeschichtlicher Hintergrund dienen könnten. Hierzu wurden die Sektoren Bevölkerung, Wissenschaft und Technologie, Technik und Ökonomie, Institutionelle und Konstitutionelle Strukturen als Hauptstränge dargestellt und vorstellbare Wechselwirkungen zwischen diesen Strängen in der Form von Vernetzungen oder Verflechtungsdiagrammen ausgearbeitet. Diese wiederum konnten so zur Grundlage „lebensgeschichtlicher Events“ werden.

Zeitfaktor

Ein weiterer wesentlicher Aspekt des Szenarios wurde der Zeitfaktor. Zum einen sollte die sehr weite Spanne von drei Jahrzehnten, über die nachzudenken war, ins Bewusstsein gerückt werden. Nimmt man die Spanne von 1970 bis 2000 als Maßstab, so sieht man, dass einerseits bestimmte Trends relativ stabil blieben und überschaubar schienen (demographische Entwicklung, Mobilität, Einkommen, Raumfahrt, Medizin). Andererseits konnte man in bestimmten Bereichen eher exponentielle oder gar sprunghafte Entwicklungen verzeichnen (Auflösung der Militärblöcke und Wiedervereinigung, Entwicklung und Verbreitung der Informationstechnologie, Globalisierung). Dieses Spannungsverhältnis von Kontinuität und Diskontinuität, von Vorhersehbarem und Unerwartetem, das auch das subjektive ErLeben prägt, sollte durch entsprechende Dar-

stellungstechniken, durch subjektivierte Szenarien, verdeutlicht werden.

Bis in die detaillierte Ausarbeitung der CD-ROM wurde der Zeitfaktor durch das kontinuierliche „Fließen der Zeit“, die Bewegung des Bildschirmhintergrundes, weiterverfolgt: Alles ist im Fluss. Auch wenn sich scheinbar wenig ändert, werden die Menschen älter, gehen ihren Lebensweg – oder werden durchs Leben getrieben.

Alternative Szenarien als parallele Lebenswege

Der Protagonist des Szenarios durchläuft mit drei alternativen Lebensläufen dreimal die Zeit zwischen 2005 und 2030. Die Parallelität dreier Lebensläufe, die als ein zweimaliges Wiederholen des ersten Durchlaufes erscheint (Analogie zum Film *Lola rennt*), zeigt die Problematik jeglicher Beschäftigung mit der Zukunft, die nur in Teilaspekten überhaupt einigermaßen präzise prognostiziert werden kann (z.B. natürliche demographische Entwicklung). Und je weiter sich Prognosen von der Gegenwart entfernen, umso unsicherer werden sie.

Es öffnet sich ein „Trichter“ möglicher Entwicklungen. Alternativen können ein breites „Möglichkeitsfeld“ abstecken, ohne dabei die reale Entwicklung prognostizieren zu wollen. Die alternativen Lebenswege werden in den ausgearbeiteten Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen zur gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung im Allgemeinen und Stuttgarts im Besonderen gekoppelt. Diese Darstellung des Allgemeinen durch das Besondere hindurch ermöglicht es, die abstrakte Zeit, die immer auch Lebenszeit ist, und die sich damit vollziehenden allgemeinen Veränderungen, die immer auch in individuellen Lebensläufen wirken, konkret vorstellbar werden zu lassen.

Der Protagonist wurde 1980 geboren. Bis zum Abitur ist sein Lebenslauf, abgesehen von den differierenden Neigungen, identisch. Im Jahre 2005 ist er 25 Jahre alt, also im Übergang von der Ausbildung in den Beruf; 2030 ist er 50 Jahre und kann an seinem 50. Geburtstag einen Rückblick machen. In Fünfjahresschritten entwickelt sich der Protagonist, und in dieser Zeit verändert sich allmählich auch das Neckartal. Bei jedem dieser Schritte wird je ein Themenschwer-

punkt behandelt: 2005 Berufsweg – 2010 Demographische Entwicklung – 2015 Ökologie – 2020 Ökonomie – 2025 Wissenschaft-Technik – 2030 Retrospektive.

Szenario 1: Im Mittelpunkt des Szenarios steht die Erwartung, dass die Globalisierung sich in allen Bereichen durchsetzen und die soziale Lebenswelt der meisten Menschen zumindest in den ökonomischen Zentren unmittelbar formen wird. Die Lebenswege von immer mehr Menschen, insbesondere in den hoch entwickelten Zentren der Weltwirtschaft, führen weit über den Globus. Es wird angenommen, dass die Region Stuttgart durch die Verflechtung mit den wichtigsten Industrieregionen der Erde vom technologischen und ökonomischen Fortschritt profitieren, ja ihn teilweise mitgestalten kann. Der Wissenschafts- und Technikoptimismus ist in diesem Szenario ungebrochen und mit ihm die Hoffnung, dass sich alle Probleme durch Wissenschaft und Technik werden lösen lassen.

Szenario 2: Im Mittelpunkt des Szenarios steht die Annahme, dass auch in den kommenden Jahrzehnten die regionalen ökonomischen Netzwerke unterhalb der Netze der Global Players Bedeutung haben werden. Technische, ökonomische und soziale Entwicklungen lassen sich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region verbinden. Langfristig orientierte ökonomische Zielsetzungen, nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Erhaltung der Ökosysteme und die Erhöhung der Lebensqualität für die Menschen in der Region lassen sich großteils zusammenführen. Die Einbindung in die globalisierte Ökonomie und in internationale Prozesse vollzieht sich auf der Basis einer soliden regionalen Ökonomie und Identität, die sich unter dem Dach international gesicherter Kooperation sogar verstärken werden (regionale Cluster).

Szenario 3: Im Mittelpunkt des Szenarios steht die Befürchtung, dass durch die Verlängerung und Überlagerung bestehender Trends und ungelöster Probleme sich negative Trends in allen gesellschaftlichen Bereichen fortsetzen werden. Wissenschaft und Technik werden nicht zum Wohle einer ausgewogenen,



Abb. 33
SCREENSHOT
QUARTIERSZENARIO
NECKARTAL 2030

gesamtgesellschaftlichen Entwicklung eingesetzt. Vielmehr werden ihre Erfolge privatisiert und kommen nur einer „Auswahl“ von Menschen zu gute. Die Globalisierungsverluste werden bei weitem die Gewinne überwiegen und vor allem wird es keine gleichmäßige Entwicklung der europäischen Regionen geben. Einigen Wohlstandszentren stehen stagnierende oder gar rückläufige Entwicklungen in den meisten anderen Regionen Europas gegenüber. Internationale Konflikte sind an der Tagesordnung. Die traditionellen konstitutionellen und institutionellen Strukturen werden durch radikale anti-staatliche Konzepte in Frage gestellt. Der Region Stuttgart geht es in Relation zu anderen deutschen Regionen noch recht gut. Sie verliert im internationalen Vergleich aber ihre einstige Bedeutung als fortschrittliche Technologieregion.

Erprobungsrahmen und Medieneinsatz

Diese drei Szenarien als alternative Lebenswege wurden als Flash-Film auf einer CD-ROM aufbereitet (vgl. Anhang). Im Vergleich zu traditionellen, an die Printmedien gebundenen Darstellungstechniken bot die Produktion einer CD-ROM mehr Möglichkeiten: Animationen, Parallelität in der Darstellung, Vernetzung und alternative Publika-

tion im Internet. Gleichzeitig aber hat die Bildschirmpräsentation stets etwas Flüchtiges, sich der Kontrolle, der Überprüfung Entziehendes.

Die CD-ROM bildete die Grundlage für einen Workshop mit Fachleuten aus der planenden Verwaltung, der Industrie, der Industrie- und Handelskammer, von Planungsbüros sowie der regionalen Wirtschaftsförderung, der in Abstimmung mit der Stadtverwaltung der Stadt Stuttgart vorbereitet wurde. Es wurden zwölf Fachleute eingeladen und ihnen die CD eine Woche zuvor zur inhaltlichen Vorbereitung zugeschickt. Neun Personen nahmen am Workshop teil, der am 28.02.03 im Medienlabor des Städtebau-Instituts stattfand. Weitere Präsentationen in der Fa. Bosch und in der IHK Stuttgart sind für die kommenden Wochen geplant.

In der Einladung für den Workshop wurde neben der CD-ROM eine Übersicht über die zentralen Themenbereiche für die Diskussion übersandt:

■ *Inhalte und Entwicklungsannahmen in den Szenarien*

In den Szenarien ist die Annahme enthalten, dass die Region Stuttgart in Relation zu anderen deutschen und europäischen Regionen günstige ökonomische Bedingungen hat und

behalten wird (Delphi 2002 im Rahmen des Projektes 2030). Tendieren Sie eher zu Szenario 1 oder 3? Kann man sich auch eine eher negative Entwicklung unter der Annahme der Abwanderung oder gar des Zusammenbruchs großer Firmen vorstellen?

■ **Aufbau und „Spreizung“ der Szenarien:**

Halten sie die Auswahl der Sektoren Demografie, Ökologie, Ökonomie, Wissenschaft und Technik für geeignet, den Gesamtprozess zu repräsentieren? Liegen die Szenarien weit genug auseinander, um einen heute vorstellbaren Entwicklungstrichter auszufüllen?

■ **Darstellungsmethode und Medieneinsatz:**

Halten Sie „subjektivierte Szenarien“ als geeignet für die Diskussion von Leitbildern und Planungszielen? Halten Sie Form und Umfang der medientechnischen Präsentation des Szenarios für angemessen, verständlich und zielführend?

Fazit

Die Diskussion der Themenkomplexe auf dem Workshop ergab, in sehr grober Zusammenfassung, folgende Ergebnisse:

■ **Zum Inhalt der Szenarien:**

Im Gegensatz zu den inhaltlichen Einschätzungen des Experten-Delphi vom Sommer 2002 zeigte sich eine leichte Trendumkehr. Gerade auch die beiden anwesenden Vertreter Stuttgarter Firmen (Bosch, Alcatel) und die Vertreter der Wirtschaftsförderung und der Industrie- und Handelskammer konnten sich durchaus auch die Möglichkeit einer weniger positiven Entwicklung der Region vorstellen und verwiesen auf die Erfahrungen zu Beginn der 1990er Jahre. Hier zeigte sich der Stimmungsumschwung in den letzten Monaten und die negative Entwicklung ökonomischer Daten sehr drastisch. Insbesondere die möglicherweise zu große Abhängigkeit vom Automobilsektor wurde von einigen Teilnehmern problematisiert. Bei der Fragestellung, inwieweit die vorhandenen Investitionen in Forschung und Ausbildung ausreichend seien, wurde auf die in Relation zu anderen Bundesländern hohen Aufwendungen verwiesen, ebenso auf die

höchste „Patentdichte“. Hierzu wurde die Frage gestellt, inwieweit diese Patente auch aus dem Mittelstand kommen – und somit Mittelstand fördernd wirken können. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands geringere „Outsourcing-Rate“ der Stuttgarter Firmen verwiesen, die sich auf Gründungsinitiativen möglicherweise entwicklungshemmend auswirken könne.

Bezogen auf die konkret räumliche Entwicklung des Neckartals wurde der Mangel an geeigneten ebenen Flächen in der Region Stuttgart verwiesen, was einen Verzicht auf die Industrie-, Lager- und Verkehrsflächen im Neckartal erschwere. Eine kurzfristige Entwicklung zu renaturierten Bereichen verbunden mit einer starken Aufwertung sei deshalb kaum vorstellbar. Von einem Teilnehmer wurde angemerkt, dass die dargestellte Internationalisierung zu unkritisch dargestellt werde. Es bestünde nämlich bei hoher Mobilität die Gefahr, dass es keine nachhaltige Identifizierung für einen konkreten Ort und dann auch kein intensives Engagement mehr mit einem Ort geben werde. Das aber sei die Voraussetzung zur Weiterentwicklung der Städte und Regionen.

■ **Zum Aufbau und zur „Spreizung“ der Szenarien:**

Es wurde festgestellt, dass gerade der Sektor Verkehr, der sowohl eine wichtige Grundlage der räumlichen und ökonomischen Entwicklung, gleichzeitig aber auch ein Problem und eine Einschränkung der städtebaulichen Entwicklung im Neckartal darstelle, in den Szenarien nicht angesprochen worden war. Von einigen Teilnehmern des Workshops wurde die Auffassung vertreten, dass Szenario 3 durchaus negativer hätte angelegt sein können und die Szenarien insgesamt eher zu positiv seien.

■ **Zur Eignung des Medieneinsatzes:**

Die Frage nach dem Nutzen der subjektivierten Szenarien wurde unterschiedlich beurteilt. Während die Vertreter der Industrie, der IHK und Wirtschaftsförderung diese Methodik positiv bewerteten, wurde sie von den zwei Vertretern des Planungsforums und des Pla-



nungsbüros zumindest in der vorliegenden Form eher in Frage gestellt. Die medientechnische Präsentation wurde als gute Möglichkeit in der vorbereitenden Phase von Planungen und bei der allgemeinen Zieldiskussion eingeschätzt. Interessanterweise wurde nicht etwa ein Mangel an Animationen, sondern eher eine „zu bewegte“ Oberfläche kritisiert. Auch die Steuerung des Ablaufs, insbesondere die Geschwindigkeit, in der Texte, Grafiken, Events erscheinen, solle eher den Benutzern der CD überlassen bleiben. Insgesamt überwogen jedoch die wohlwollenden Kritiken bei weitem. Insbesondere der Zugang zum Thema der städtebaulichen Entwicklung für Fachleute aus anderen Bereichen wurde positiv gesehen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Inhalte, Methodik und Darstellungsform sich durchaus als geeignet erwiesen haben, als Ausgangspunkt für Leitbilddiskussionen und Zielfindungsprozesse in der Stadtentwicklung und räumlichen Planung eingesetzt zu werden. Dies wird durch die Einladung zu Firmenveranstaltungen, auf der die CD-ROM präsentiert werden soll, noch bestätigt. Eine Überarbeitung im Sinne der genannten kritischen Einwände wäre ohne Probleme möglich. Aber auch schon beim jetzigen Bearbeitungsstand wurde von den Workshop-Teilnehmern die Veröffentlichung des Szenarios im Internet empfohlen.

3.2.3 Quartiersszenario Ostfildern Scharnhäuser Park 2030

Fokus Soziale Integration – Zukünftiges Wohnen

Im Quartiersszenario Scharnhäuser Park wurden solche Aspekte sozialer Integration angesprochen, für die Lebensumstände in Wohnung und Quartier wichtig sind. Es wurden folgende übergreifende thematische Ausschnitte behandelt:

■ *Soziale Integration zwischen den Generationen*

Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen. Die Gründe sind bekannt: erhöhte Lebenserwartung und konstant niedrige Geburtenrate. Die Lebenslage alter Menschen hat sich gegenüber früher deutlich verbessert, inso-

fern das Verhältnis der Generationen im Vergleich mit den sechziger und siebziger Jahren stärker durch wechselseitiges Verständnis und Kooperation geprägt zu sein scheint. Die soziale Integration zwischen den Generationen stellt somit anscheinend derzeit kein drängendes Problem dar. Dies mag sich langfristig ändern; es gibt einige Hinweise, dass möglicherweise dieser Konsens gefährdet ist und intergenerativen Verteilungskämpfen um Zeit, Geld und Zuwendung Platz machen wird. Entsprechend sind Vorstellungen über die eigene Zukunft im Alter immer auch Vorstellungen über die Ausformung und Bedeutung des Generationenvertrags.

Der Anteil alter Menschen wird weiter zunehmen, weil die angeführten gesellschaftlichen Ursachen auch weiterhin in Kraft sein werden, bzw. selbst Veränderungen einzelner Faktoren (Zuwanderung, Erhöhung der Geburtenrate usw.) daran nur im Ausmaß, aber nicht grundsätzlich etwas ändern können. Es wurden folgende Facetten des Lebens im Alter im Rahmen des Quartiersszenarios Scharnhäuser Park zur Diskussion gestellt:

- Arbeiten im Alter zwischen Beruf und Ehrenamt
- Wohnen im Alter – individuell, gemeinschaftlich, institutionell
- Betreutes Wohnen als Hochbetagte

■ *Soziale Integration von Migranten*

Langfristig wird die Zahl der Migranten auch in der Region Stuttgart deutlich steigen, wengleich Prognosen wegen der hohen Abhängigkeit der Zuwanderung von nationaler Politik und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gesichert möglich sind. Mitbürger mit „Migrationshintergrund“ werden damit voraussichtlich ein fester und selbstverständlicher Bestandteil des zukünftigen Alltags werden, und zwar in nahezu allen Lebens- und Erfahrungsbereichen. Diese Veränderungen werden auf das Zusammenleben in nahezu allen Wohnquartieren durchschlagen, z.B. durch den steigenden Anteil ausländischer Hauseigentümer, durch eine Ausdifferenzierung der Ausbildungs- und sozialen Infrastruktur (materiell und personell). Folgende Aspekte wurden im Rahmen der Quartiersszenarios thematisiert:

- „Fremde“ als Nachbarn: Wie werden in durch

Wohneigentum geprägten Quartieren des deutschen Mittelstands die Eigentumsbildung durch Ausländer in unmittelbarer Nachbarschaft aufgenommen: als Gefahr für den Wert des eigenen Eigentums, als Bedrohung und Einschränkung oder als „kulturelle Bereicherung“ der Nachbarschaft oder aber mit der Indifferenz von Großstädtern, denen Nachbarn gleichgültig sind?

- Infrastruktur der „Fremden“: Es wird mit der Zunahme und der sozialen und demographischen Ausdifferenzierung der „Bürger mit Migrationshintergrund“ auch mehr öffentliche und private auf diese Gruppen zugeschnittene Infrastruktur geben: türkische Altenheime, Gebetshäuser. Wie werden diese möglichen Entwicklungen bezogen auf den eigenen Stadtteil und das eigene Wohnumfeld bewertet?

■ *Neue Technologien im Wohnalltag*

Prognosen besagen, dass die Technisierung des Haushaltes und des Wohnens in Zukunft zunehmen wird und die IuK-Technologien den Alltag und damit auch das Zusammenleben verändern werden. Dadurch könnte sich auch der Stellenwert der Wohnung und des Quartiers als sozialer Ort verändern. Gleichzeitig ist die technologische Durchdringung des Alltags sozial gestaltbar und nicht Ergebnis einer in der Technologie selbst begründeten Zwangsläufigkeit. Da es sich bisher im Wesentlichen um angebotsgesteuerte Konzepte handelt, ist ihre Bedeutung für die wohnungsnahe private wie öffentliche Versorgungsinfrastruktur offen. Deshalb wurden im Rahmen der Quartiersszenarien folgende Inhalte thematisiert:

- Telearbeit: Die neuen Medien spielen für immer mehr Menschen in Zukunft eine wichtige Rolle in der Arbeitswelt. Schon heute verrichten viele Menschen einen wesentlichen Teil ihrer beruflichen Arbeit zu Hause.
- Neue Medien im Wohnalltag: Auch in allen Bereichen des Lebens außerhalb des Berufs zeichnen sich weitreichende Veränderungen infolge der Durchdringung mit den neuen Medien ab: teleshopping, telebanking, telelearning, telegoverning etc. Hinzu kommen neue mediengestützte Angebote des individuellen Mobilitätsmanagements.

- Technisierung der Wohnung: Die neuen IuK-Technologien versprechen auch eine Aufwertung der Wohnung durch Erweiterung des Wohnangebots und der Wohnausstattung, durch Entlastung von häuslicher Arbeit und durch Erhöhung der Wohnsicherheit. Auch hier ist derzeit völlig offen, wo und wie sich die neuen Technologien im Haushalt durchsetzen werden.

Teilraum Ostfildern Scharnhäuser Park

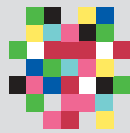
Das Quartiersszenario Scharnhäuser Park befasste sich unter der Perspektive der sozialen Integration mit erwartbaren und wünschenswerten Entwicklungen „zukünftigen Wohnens“. Der neu entstehende Stadtteil Ostfildern Scharnhäuser Park erschien hierfür besonders geeignet zu sein. Seine Errichtung wird mit dem Anspruch verfolgt, den Anforderungen zukünftigen Wohnens in besonderer Weise gerecht zu werden. Man stellt derzeit die Weichen für die Quartiersentwicklung der nächsten 30 Jahre in Kenntnis der Probleme und Defizite bei Stadterweiterungen der Vergangenheit. Gleichzeitig ist das Konzept offen angelegt für zukünftige Änderungen. Die Bewohner sind in der „Pionierrolle“, verbinden mit dem Entstehen des Stadtteils ihre eigene Zukunft und sind deshalb in besonderer Weise für Fragen der zukünftigen Entwicklung ihres Quartiers offen.

Projektrahmen

Konzeptidee

Zur inhaltlichen Strukturierung und zur Anregung der Diskussion wurden für das Quartiersszenario die Themen digital auf drei Panoramen unterschiedlicher Maßstäblichkeit auf einer CD-ROM aufbereitet, die in Bildern und Episoden den Stadtteil Scharnhäuser Park im Jahre 2030 zeigen.

Auf der Maßstabebene des Quartiers (Stadtteil) wurden Fragen zur Zukunft der infrastrukturellen Versorgung thematisiert und illustriert, auf der Ebene der Wohngruppe bzw. des Straßenzugs Fragen zur Zukunft von Nachbarschaft (das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft) und auf der Ebene der Wohnung Fragen zu den Wohnformen unterschiedlicher Alters- und Sozialgruppen und die denkbaren Änderungen in den Alltagsvollzügen als Folge des demographischen, sozialen und auch technologischen Wandels.



Adressat

Adressat des Quartierssszenarios waren vorrangig die Bewohner des Stadtteil Scharnhäuser Parks. Angesprochen wurde des Weiteren das Forum Scharnhäuser Park, eine Initiative aus Bewohnern des neuen Stadtteils, engagierten Bürgern Ostfilderns sowie Angehörigen der Verwaltung, die seit Beginn die Aufsiedlung des neuen Stadtteils begleitet und eine Plattform bietet, auf der auftretende Probleme erörtert und Lösungen diskutiert werden können. Das Forum wurde begleitet und unterstützt von einem von der Stadtverwaltung beauftragten Sozialplanungsbüro.

Wichtig bei dem Quartierssszenario war auch, dass nicht über die unmittelbar anstehenden Neuorientierungen/ Veränderungen des Wohnens im Scharnhäuser Park diskutiert werden sollte, sondern über langfristige Perspektiven (2030). Entsprechend wurden im Quartierssszenario auch die langfristigen, für die nächsten Jahrzehnte avisierten Veränderungen des Wohnens thematisiert. Dies setzte eine entsprechende Bereitschaft bei den Teilnehmern der Diskussionsrunde voraus. Dieser Kreis musste sich auf eine eher spekulative reflektierende Ebene einlassen und durfte von den Diskussionen über die zukünftige Entwicklung des Wohnens nicht unmittelbare Auswirkungen auf ihre heutige Wohnsituation erwarten.

Projektverlauf

Die Themen wurden auf einer zweitägigen Veranstaltung (22./23. November 2002) öffentlich diskutiert. Vorbereitet wurde die Veranstaltung gemeinsam von der Stadtverwaltung Ostfildern und dem Städtebau-Institut. Die öffentliche Diskussion zum Quartierssszenario war zugleich die Auftaktveranstaltung für das neu zusammengesetzte Forum Scharnhäuser Park. Neben den Mitgliedern des Forums wurden alle Bewohner des Scharnhäuser Parks sowie im Stadtteil aktive Verbände und Initiativen eingeladen. Es wurden 600 Einladungen verschickt, ein vorbereitender Artikel in der Lokalzeitung platziert und in den Läden und öffentlichen Einrichtungen des Stadtteils plakatiert.

Als Moderationsverfahren für die Veranstaltung wurde das sogenannte Open-Space-Verfahren gewählt. Zur Vorbereitung wurde allen denen, die sich für die Teilnahme an dem Workshop angemeldet hatten, zwei Wochen vor der Veranstaltung eine CD-ROM mit den Panoramen vom Scharnhäuser Park 2030 zugeschickt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit gegeben, sich in der Bücherei vor Ort mit den Inhalten der CD-ROM zu befassen.

Der Besuch des Workshops blieb mit 35 Teilnehmern leicht unter den Erwartungen der Veranstal-

ABB. 34:
WORKSHOP STADTHAUS
OSTFILDERN



ter, zumal der Stadt Ostfildern. Es handelte sich zum einen um aktive Bürger Ostfilderns – meist ältere Personen –, die großes Engagement in den verschiedenen Feldern des Ehrenamtes oder in der Kommunalpolitik zeigen, zum anderen um aktive Bewohner des Scharnhauser Parks (junge Familienväter und Mütter aus Bürgerinitiativen und Vereinen). Schließlich war die Stadtverwaltung auf der Bürgermeister- und Fachbereichsleitererebene vertreten. Wollte man die Teilnehmer sozial charakterisieren, so ist vor allem die gebildete Mittelschicht erreicht worden.

Der Open-Space-Workshop wurde vom Leiter der Abteilung Kulturangelegenheiten der Stadt Ostfildern professionell vorbereitet, moderiert und zusammengefasst. Das Verfahren hat sich insgesamt für diese Veranstaltung ausgezeichnet bewährt, wie auch die nachträgliche Evaluation eindrucksvoll bestätigte. Die Vorteile dieses Verfahrens zeigten sich in folgenden Punkten:

- Auch wenn eigentlich ein besserer Zuspruch erwartet worden war, erwies sich die Größe des Teilnehmerkreises gruppenspezifisch als ideal. Jeder Teilnehmer konnte seine Themen vorschlagen und viele haben davon Gebrauch gemacht.
- Die schnelle Produktion und Vervielfältigung der Protokolle, die allen Teilnehmern zügig zur Lektüre zur Verfügung gestellt wurden, sicherte ein komplettes und rasches Festhalten der Ergebnisse, die die Teilnehmer buchstäblich unter dem Arm mit nach Hause nehmen konnten.
- Die durchschnittliche Gruppengröße von 6 – 7 Teilnehmern gewährleistete ein sehr offenes Diskussionsklima, das die Dominanzen durch einzelne Personen weitgehend ausschloss. Jeder konnte zu Wort kommen und hat auch das Wort ergriffen.
- Die großzügige Bemessung von informellen Pausen zum Essen erlaubte auch den unbedingt notwendigen informellen Austausch und die Möglichkeit, sich je nach Diskussionslage und Stand der Protokolle thematisch neu zu orientieren.

Allen Teilnehmern des Workshops ist ein Evaluationsbogen mit nach Hause gegeben worden, in dem sie anonym um ihre Bewertung der Veran-

staltung gebeten wurden. Etwa die Hälfte der Teilnehmer- und Teilnehmerinnen haben den Fragebogen ausgefüllt abgegeben. Bei Kritik im Detail (vor allem der wenig repräsentative Kreis der Teilnehmer: keine Jugendlichen, keine Migranten) wurde die Veranstaltung hinsichtlich Inhalt und Organisation insgesamt positiv bewertet und die Hoffnung auf Fortsetzung ausgedrückt.

Einsatz neuer Medien

Der mediale Einsatz im Quartiersszenario hatte die Funktion, auf eine unterhaltsame und leicht zugängliche Art die Teilnehmer des Workshops im Vorfeld über die wichtigsten erwarteten Veränderungstendenzen im Wohnen zu informieren und Diskussionsbereitschaft zu stimulieren. Inhaltlich hat die CD-ROM ihr Ziel erreicht. Sie hat dazu beigetragen, die nahe liegende Fokussierung der Diskussion auf tagespolitische Fragen des neuen Stadtteils zu vermeiden. In den Arbeitsgruppen sowie in den Diskussionen im Plenum wurde immer wieder auf die Inhalte, Episoden, aber auch Grundorientierungen der CD-ROM Bezug genommen. Die Bewertungen der digitalen Panoramen auf der CD-ROM als Diskussionsimpuls waren in der Evaluation insgesamt positiv, die näheren Charakterisierungen schwankten im Urteil zwischen „zu provokativ“ bis „beschönigend“.

Fazit

Es kennzeichnet die Fülle der Informationen und Eindrücke, die in den zwei halben Tagen der Diskussion während des Workshops gewonnen wurden, dass sie sich nicht eindeutigen und in sich widerspruchsfreien Vorstellungen für ein zukünftiges Leben im Stadtteil zusammenfügen lassen. Es wurden eher inhaltliche Schwerpunkte deutlich. Besonders stark beschäftigte die Bürger der zukünftige Umgang der Generationen miteinander, also die Zukunft des „Generationenvertrages“. Dies berührte viele Dimensionen: das Zusammenleben im Quartier, das städtebauliche Konzept des neuen Stadtteils und die Flexibilität des Wohnangebots.

- Hervorgehoben wurde, dass es ein zukünftiges Problem für alte Menschen sein wird, für sich rechtzeitig ein Lebenskonzept jenseits der beruflichen Identität zu entwerfen und sich auf eine veränderte Zukunft im Alter einzurichten:

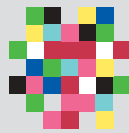


Abb. 35:
SCREENSHOT QUARTIERS-
SZENARIO OSTFILDERN
SCHARNHAUSER PARK
2030



- das Wohnen in einer Wohngemeinschaft oder das Eingehen von Verpflichtungen jenseits der Familie will eingeübt sein.
- Von den meisten wurde erwartet, dass in Zukunft bürgerschaftliches Engagement als Kompensation für den wohl zwangsläufigen Rückzug des Staates aus vielen Bereichen an Bedeutung zunehmen wird und entsprechende durchaus unterschiedlich bewertete Erwartungen gegenüber den Einzelnen aufgebaut werden.
 - Ein breite Erwartung richtete sich darauf, dass der Scharnhauser Park für möglichst viele Menschen, die hier wohnen, zum Lebensmittelpunkt wird, z.B. durch die Verankerung der Nutzungsmischung (Verbindung von Wohnen und Arbeiten), aber auch, indem alle Bewohner aufgefordert sind, ihren Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten.
 - Für die Weiterentwicklung des städtebaulichen Konzepts im Scharnhauser Park wird eine größere Flexibilität gefordert, die der dynamischen, demographischen und sozialen Entwicklung und den sich verändernden Bedürfnissen gerecht wird. Bemängelt wird das zu starre Design und das daraus sich ergebende Leben in einem „Denkmal“.
 - Die soziale und demographische Mischung sei durch eine entsprechende Ausgestaltung des Wohnungsneubaus zu fördern. Des Weiteren sei darauf Wert zu legen, dass das Wohnangebot an sich verändernde Bedürfnisse angepasst werden kann. Die Wohnungsbau-träger sollten sich bemühen, hinsichtlich ihres Wohnungsbaus weitsichtiger und offener zu sein.
- Es ist geplant, auf der nächsten Sitzung des Forum Scharnhauser Park am 25. Juni 2003, die durch den Workshop ausgelöste Diskussion fortzusetzen und die Ergebnisse des Workshops vorzustellen.

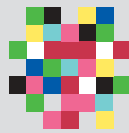


Teil II: Teilvorhaben

4. Institutionelle Organisation und Erneuerung



Fragen nach der Zukunft der Stadt-Region Stuttgart und den zu lösenden Aufgaben sind auch immer Fragen nach einer zukunftsfähigen Organisationsstruktur, nach den gebotenen institutionellen Innovationen und nach dem Handlungsbewusstsein der Akteure. Deshalb wurde das Thema „Institutionelle Organisation und Erneuerung“ als Teilprojekt in das Forschungsprojekt „StadtRegion Stuttgart 2030“ aufgenommen.



4 Institutionelle Organisation und Erneuerung

Rainald Ensslin, Josef Herde,
Hansjürgen Stiller

Verband Region Stuttgart

4.1 Fragestellung

Die engen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen in dichtbesiedelten Räumen haben schon seit langem dazu geführt, dass der Bezugsraum der dort lebenden Bevölkerung weit über den Wohnort hinausgreift. Ein griffiges Bild für diese Situation liefert der Satz „Die Stadt ist die Region.“

Wegen der engen gemeindeübergreifenden Verflechtungen in einer Stadtregion sind Fragen nach ihrer Zukunft und den zu lösenden Aufgaben in hohem Maße auch immer Fragen, die die kommunale Organisationsstruktur dieser Stadtregion, die gebotenen institutionellen Innovationen und das Handlungsbewusstsein der Akteure in diesen Institutionen berühren. Deshalb wurde das Thema „Institutionelle Organisation und Erneuerung“ als Teilprojekt in das Forschungsprojekt „StadtRegion Stuttgart 2030“ aufgenommen.

Wie in anderen Metropolregionen gilt es auch in der StadtRegion Stuttgart

- die Standortposition im nationalen und internationalen Wettbewerb, ökonomisch, technisch, ökologisch und planerisch zu festigen,
- die interkommunale Zusammenarbeit zu verbessern,
- die für die Daseinsvorsorge regionsweit vorzuhaltenden Infrastrukturen und Standorte zu entwickeln und zu tragen,
- die Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel und den Aufgaben der Integration ergeben, anzunehmen und zu bestehen,
- angesichts neuer finanzieller und sozialer Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Partizipation auszugestalten.

Ohne institutionelle Innovationen lassen sich diese Aufgaben nicht lösen. Das Teilvorhaben „Institutionelle Organisation und Erneuerung“ will

mithelfen, auf Fragen nach institutionellen Innovationen Antworten zu geben. Den Anforderungen des Ideenwettbewerbs entsprechend sollen die Antworten nicht visionär-utopisch sondern visionär-realistisch sein.

Die Fragestellung des Teilvorhabens bezieht sich auf die zukunftsfähige Gestaltung der politisch-administrativen Strukturen in dieser Stadtregion. Sie hat dabei sowohl die inhaltliche wie die organisatorische Ebene für die stadtregionale Entwicklungspolitik im Blick. Dabei geht sie von einer besonderen Tragfähigkeit der kleinteiligen Strukturen der StadtRegion Stuttgart für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben aus.

Diese umfassende Fragestellung des Teilvorhabens „Institutionelle Organisation und Erneuerung“ wurde bewusst gewählt, weil wegen der engen sozio-ökonomischen Verflechtungen die territoriale Basis für die angestrebten Integrations- und Partizipationsleistungen in der StadtRegion Stuttgart als Ganzem liegt. Erst eine Stadtregion, die eine sowohl nach außen wie auch nach innen wirksam operierende institutionelle Struktur aufweist, schafft für die gebotenen Integrations- und Partizipationsbemühungen ein positives und beförderndes Umfeld.

4.2 Strukturmerkmale der StadtRegion Stuttgart

Die StadtRegion Stuttgart zeichnet sich durch folgende wesentliche Strukturmerkmale aus:

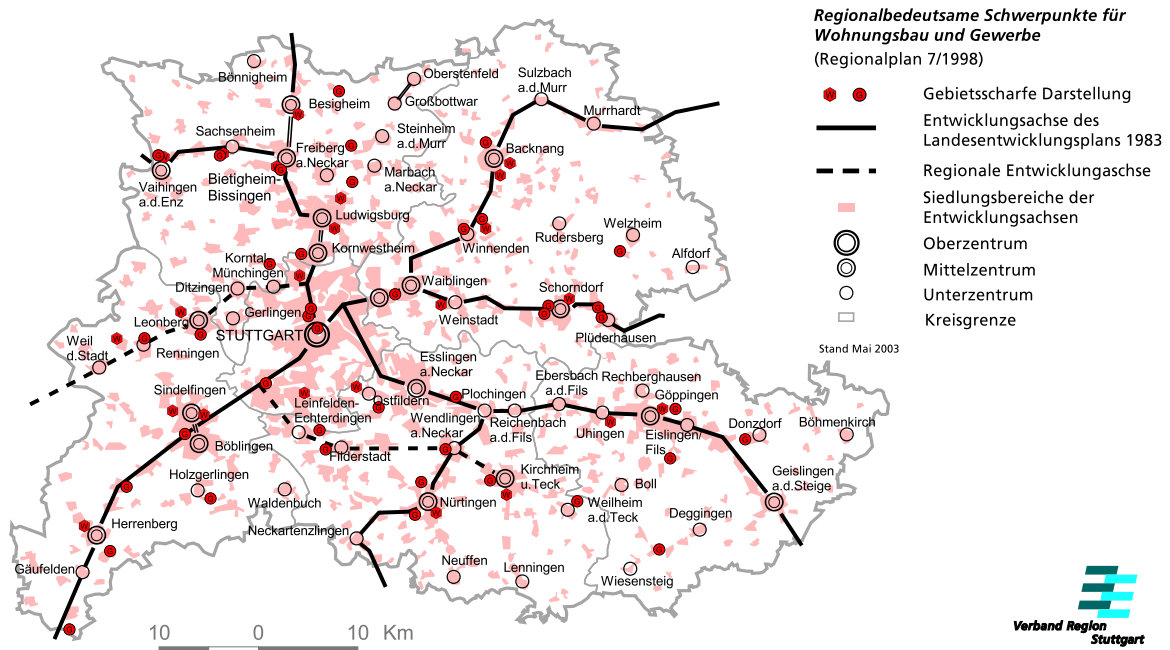
- *Die StadtRegion Stuttgart ist als Kern einer wirtschaftsstarkeuropäischen Metropolregion der Lebens- und Wirtschaftsraum von über 2,6 Millionen Einwohnern.*
- *Sie ist neben der dichten Besiedelung (711 Einw./qkm) durch ihre kleinteilige, polyzentrische Raum- und Siedlungsstruktur sowie ihre engmaschige kommunale Organisationsstruktur geprägt.*
- *Sie verfügt über eine hochqualifizierte technische und soziale Infrastruktur, die die einzelnen Wohn-, Produktions-, Dienstleistungs- und Erholungsbereiche versorgt.*
- *Sie hat ein effektives, demokratisch legitimes regionales Steuerungs- und Kontrollorgan (Regionalparlament).*



Teilvorhaben Institutionelle Organisation und Erneuerung

Verband Region Stuttgart

Raumstrukturelles Leitbild der Region Stuttgart



Europäische Metropolregion

Die StadtRegion Stuttgart ist der Zentralraum der Europäischen Metropolregion Stuttgart (EMR). Sie gehört zusammen mit den fünf anderen deutschen EMR Berlin-Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr und der potentiellen EMR Stadtregion Halle/Leipzig – Sachsen-dreieck zu den Räumen mit besonderer Ausstrahlung und Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland im internationalen Wettbewerb.

In der StadtRegion Stuttgart leben auf 3.654 qkm (10,2 % der Landesfläche) 2,6 Mio. Einwohner (25 % der Landesbevölkerung). Die Bevölkerungsdichte beträgt 711 Einwohner/qkm (Land Baden-Württemberg: 292 Einwohner/qkm). Die StadtRegion Stuttgart liegt nach der Einwohnerzahl vor den Bundesländern Bremen (0,66 Mio.), Saarland (1,07), Hamburg (1,71 Mio.), Mecklenburg-Vorpommern (1,78 Mio.) und Thüringen (2,45 Mio.). Ihre Einwohnerzahl ist vergleichbar mit der Einwohnerzahl der Bundesländer Bran-

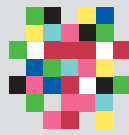
denburg (2,60 Mio.) und Sachsen-Anhalt (2,65 Mio.).

Mit 140 Mrd. DM trägt die StadtRegion Stuttgart zu 29 Prozent an der Bruttowertschöpfung des gesamten Landes bei (Stand 1996). Die Exportquote liegt bei 50,4 Prozent (Baden-Württemberg: 41,6 %).

Raum- und Siedlungsstruktur

Weiteres Wesensmerkmal der StadtRegion Stuttgart ist neben der dichten Besiedelung ihre kleinteilige und polyzentrische Raum- und Siedlungsstruktur sowie ihre engmaschige kommunale Organisationsstruktur. Sie unterscheidet sich darin von anderen deutschen Metropolregionen wie z.B. den Regionen Rhein-Ruhr oder Hamburg. Die Polyzentralität der Raumstruktur zeigt sich an den 15 zentralen Orten einer höheren Zentralitätsstufe, dem Oberzentrum Landeshauptstadt Stuttgart und den 14 Mittelzentren. Diese zentralen Orte sind durch 10 Entwicklungsachsen miteinander verknüpft. Zentrale Orte und Entwicklungsachsen bilden gemeinsam ein stadt-

ABB. 36:
AUSGLEICH BEGRÜNDET
EINE AUSGEWOGENE
RAUMENTWICKLUNG



regionales System verknotteter Bänder. Die StadtRegion Stuttgart erhält damit die Merkmale eines polyzentrischen urbanen Netzgefüges.

Kennzeichen der kleinteiligen Siedlungsstruktur der StadtRegion Stuttgart ist die vorwiegend kleinräumige Durchmischung von Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten und Freiräumen. Die raumstrukturelle Wertigkeit der StadtRegion Stuttgart zeigt sich insbesondere in der hohen Lebensqualität, in der ökologischen Anpassungsfähigkeit und in den günstigen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement. Der Gemeinderat einer selbstständigen Gemeinde kann gleichsam als die beste umfassende Bürgerinitiative verstanden werden.

Integrations- und Partizipationsaufgaben betreffen in erster Linie das unmittelbare Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. In dieser Hinsicht bietet die kleinteilige und überschaubare Grundstruktur der StadtRegion Stuttgart günstige Voraussetzungen. Die Vorteile dieser Grundstruktur liegen insbesondere in

- der hohen Flexibilität durch kleinmaßstäbliche Siedlungs- und Raumnutzungseinheiten,
- der direkten örtlichen Verantwortung für die Entwicklung im umfassenden Sinne mit ihren kurzen Entscheidungswegen,
- der engen Verflechtung von Siedlungs- und Freiräumen,
- der hohen Wohnqualität,
- der räumlich differenzierten, hochqualifizierten Infrastruktur z.B. in den Bereichen Verkehr, Technik, Forschung und Entwicklung, soziale Versorgung, Bildung und Kultur.

Demographische Entwicklung

Auch die StadtRegion Stuttgart muss langfristig mit einem Bevölkerungsrückgang rechnen, falls er nicht wie seit ca. 1970 durch eine entsprechende Zuwanderung ausgeglichen werden kann. Daher hat die Integration eines überdurchschnittlich hohen Anteils an Migranten einen großen Stellenwert.

Nach den Ergebnissen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, die regionalisiert bis zum Jahr 2020 vorgenommen wurde, muss sich die StadtRegion Stuttgart auf folgende demographische Veränderungen einstellen:

Bevölkerungszahl der StadtRegion Stuttgart:

2000	2,613	Mio. Einwohner
2010	2,576	Mio. Einwohner
2020	2,474	Mio. Einwohner

Die Bevölkerungszahl der StadtRegion Stuttgart wird nach dieser Vorausberechnung somit um 139.000 Einwohner zurückgehen. Dies entspricht einer Abnahme von 5,3 Prozent.

Neben dem zu erwartenden Rückgang der Einwohnerzahl in der Region wird die zukünftige demographische Entwicklung von erheblichen Verschiebungen in der Alterstruktur der Bevölkerung bestimmt. Dies zeigt sich an folgenden Vorausberechnungen des Statistischen Landesamts (vgl. Abb. 37).

Besonders hervorzuheben ist, dass sich die Schere zwischen der Bevölkerungsgruppe der über 60-jährigen und der Bevölkerungsgruppe der unter 20-jährigen immer weiter öffnet. Während der Anteil der nachwachsenden Generation in

ABB. 37:
ALTERSTRUKTUR
STADTREGION STUTTGART
2000 – 2020

Jahr	Prozentualer Anteil der Altersgruppe an der Bevölkerung der StadtRegion Stuttgart			
	unter 20 Jahre	20 – 60 Jahre	über 60 Jahre (insgesamt)	über 85 Jahre
2000	21,2	56,5	22,4	1,9
2010	19,5	54,2	26,3	2,2
2020	16,8	52,4	30,8	3,1



Teilvorhaben Institutionelle Organisation und Erneuerung

Verband Region Stuttgart

Verwaltungsstruktur StadtRegion Stuttgart 2030



Verwaltungsgliederung
 — Regionsgrenze
 — Gemeindegrenze
 - - - - Stadtbezirke Stuttgart



der StadtRegion Stuttgart im Jahr 2000 nur geringfügig unter der Gruppe der über 60-Jährigen lag, wird das Verhältnis der jungen Generation zur Generation der Älteren im Jahre 2020 bei fast 1 : 2 liegen.

Innerhalb der Gruppe der über 60-jährigen ist mit einer überproportionalen Zunahme der Gruppe der über 85-jährigen, der sogenannten Hochbetagten, zu rechnen. Da es sich bei dieser Altersgruppe um eine Bevölkerungsgruppe handelt, bei der das Pflegerisiko hoch ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich auch die Zahl der Pflegebedürftigen ungefähr verdoppeln wird.

4.3 Systemische Zusammenhänge

Eine gute Standortposition festigt die ökonomische Basis der StadtRegion Stuttgart. Eine stabile ökonomische Basis schafft positive Voraussetzungen für die Qualität des sozialen Zusammenlebens und ein günstiges Umfeld zur Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten. Ein verträgliches soziales Zusammenleben und ein breites Spektrum an Partizipationsmöglichkeiten fördern

wiederum die Standortposition und wirken so positiv nach innen wie nach außen. Hohe soziale Kohäsion begünstigt solidarisches interkommunales Handeln; dies wiederum erleichtert der StadtRegion Stuttgart ein geschlossenes Auftreten nach außen. Wenn diese systematisch miteinander verknüpften Zusammenhänge gegeben sind, resultieren daraus insgesamt positive Auswirkungen für den Standort StadtRegion Stuttgart. Fehlen diese Voraussetzungen oder sind diese Zusammenhänge gestört, dann hat dies entsprechende negative Auswirkungen auf den Standort zur Folge.

Diese Zusammenhänge zeigen, dass die Handlungsfelder

- *Standortsicherung / Standortentwicklung*
- *innerregionale Kooperation*
- *soziale Integration und Partizipation*

in einer funktionalen Beziehung zueinander stehen. Sie sind auf unterschiedlichen räumlich definierten Handlungsstufen miteinander verknüpft:

ABB. 38:
 KLEINRÄUMIGE UND ENG-
 MASCHIGE ORGANISATIONS-
 STRUKTUREN FÖRDERN
 DEMOKRATIE UND BÜRGER-
 SCHAFTLICHES ENGAGEMENT



- *Interregional / regional*
- *innerregional / interkommunal*
- *kommunal / innerkommunal*

Sie bilden in ihrer Gesamtheit ein regionales Wirkungsgefüge ab. Aus diesem Grundmuster kann ein innovatives Handlungsprogramm zu Gunsten der Sicherung und der Weiterentwicklung des Standortwerts und der Standortposition der StadtRegion Stuttgart abgeleitet werden. Dabei sind die Aktivitäten in den Handlungsfeldern und auf den Handlungsstufen nicht voneinander isoliert, sondern systemisch zu initiieren und umzusetzen.

4.4 Handlungsfelder

In der StadtRegion Stuttgart stellen sich die drei Handlungsfelder gegenwärtig wie folgt dar:

- *Standortsicherung / Standortentwicklung*
- *innerregionale Kooperation*
- *soziale Integration und Partizipation.*

Standortsicherung / Standortentwicklung

Im Juli 2001 hat die IHK Region Stuttgart in ihrer Schrift „Die Wirtschaftsregion Stuttgart – Strukturen und Potentiale“ die Bedeutung der StadtRegion Stuttgart als vielfältigen Impulsgeber für das Land unterstrichen und ihre zentrale Lage in Baden-Württemberg und in Europa als gewichtigen Standortfaktor hervorgehoben.

Der „Strukturbericht 2001/02 zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart“, der im Jahre 2002 gemeinsam vom Verband Region Stuttgart, der Handwerkskammer Region Stuttgart, der IHK Region Stuttgart und der IG Metall Region Stuttgart herausgegeben wurde, betont nachdrücklich, dass gemeinsames Ziel die Bündelung der Kräfte zur Behauptung der StadtRegion Stuttgart nach außen und die Entwicklung der stadtreionalen Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze nach innen ist. Er weist in seinen Handlungsempfehlungen darauf hin, dass im nationalen und europäischen Maßstab die Ebene der Regionen vor allem in den Ballungsräumen als Handlungsebene immer stärker in das Blickfeld gerät. Bei Strategien zur Wirtschaftsförderung nimmt der Verband Region Stuttgart seine Funktion als Kristallisationskern regionalen Handelns und regionaler Initiativen

und Projekte wahr. Das Beispiel von vier – im Strukturbericht beschriebenen – Standortverlagerungen von Unternehmen zeigt, dass Gewerbeflächen in regionaler Abstimmung geplant, vorgehalten und vermarktet werden müssen.

Zu einer erfolgreichen Standortpolitik für die StadtRegion Stuttgart gehören im wesentlichen folgende strategische Handlungsaufgaben:

- *Sicherung und Festigung der globalen Standortposition*
- *Anerkennung und Förderung als wirtschaftlicher Motor der Landesentwicklung*
- *Optimale Nutzung endogener Kräfte durch Koordination und Kooperation.*

Innerregionale Kooperation

Die Koordinierungs- und Kooperationsaufgabe führt zur Frage nach geeigneten innerregionalen Kooperationsräumen. In der StadtRegion Stuttgart sind die 15 Mittelbereiche auf Grund ihrer Größe und ihrer räumlichen Substanz Raumeinheiten, die sich als innerregionale Kooperationsräume anbieten. Die Mittelbereiche sind geeignete Bezugsräume für räumliche und sachliche Teilregionalpläne, soweit diese in einzelnen Regionsteilen zur Steuerung der räumlichen Ordnung im Inneren der StadtRegion Stuttgart erforderlich sind.

Zur Zeit bestehen in der StadtRegion Stuttgart

- 38 Flächennutzungspläne von 38 Einheitsgemeinden,
- 1 gemeinsamer Flächennutzungsplan von 5 Einheitsgemeinden,
- 40 Flächennutzungspläne von 40 Verwaltungsgemeinschaften mit zusammen 136 Gemeinden.

Die Spanne des Planungsstandes – nach Genehmigungsdatum – der insgesamt 79 Flächennutzungspläne reicht von 1972 bis 2000.

Als stadtreionale Teilräume sind die Mittelbereiche die gegebenen Kooperationsräume bei der Flächennutzungsplanung. Da die Gemeinden dieser Raumeinheiten aus großräumiger Sicht aufeinander bezogen sind, bieten sie sich als Räume für eine Zusammenarbeit gerade bei der vorbereitenden Bauleitplanung an.

Kleinräumige interkommunale Kooperationsaufgaben lassen sich von den beteiligten Gemeinden durch eine Zusammenarbeit in den örtlichen Verwaltungsräumen und landesplanerischen Nahbereichen lösen. Diese Räume sind als interkommunale Kooperationsräume insbesondere dann von Interesse, wenn es gilt, öffentliche Dienstleistungen gemeinsam anzubieten, weil die Finanz- und Verwaltungskraft einer einzelnen kleineren Gemeinde nicht ausreicht.

Soziale Integration und Partizipation

Die Städte und Gemeinden stehen schon seit längerer Zeit unter einem starken Innovationsdruck, der im Wesentlichen aus folgenden Quellen erwächst:

- gestiegene Ansprüche der Bürger an öffentliche Dienstleistungen,
- zunehmende Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen,
- Forderungen der Bürger nach verstärkten Mitwirkungsmöglichkeiten bei kommunalen Entscheidungen,
- steigende Bereitschaft der Bürger, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Es ist davon auszugehen, dass insbesondere auf Grund der demographischen Alterung, der Migration und des enger werdenden finanziellen Spielraums der Gemeinden mehr bürgerschaftliche Eigeninitiative und Kooperation nötig wird.

Als Folge des Innovationsdrucks wird in nahezu allen Gemeinden daran gearbeitet, das kommunale Handeln effektiver zu gestalten und stärker an den Bedürfnissen des Bürgers als Kunden auszurichten. Die Kommunen bedienen sich hierzu des sogenannten Neuen Steuerungsmodells. Gleichzeitig werden Möglichkeiten geschaffen, den Partizipationswünschen der Bürger zu entsprechen.

Als Beispiele für entsprechende Initiativen sind zu nennen: Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Stadtteil- bzw. Ortschaftskonferenzen, Planungszellen.

Da die Kommunen in Zukunft wegen der knapper werdenden finanziellen Ressourcen immer weniger in der Lage sein werden, alle Wünsche der Bürger nach öffentlichen Dienstleistungen zu

erfüllen, ist es unumgänglich, dass die Bürger dazu übergehen, bestimmte Angebote in Eigenverantwortung und Eigeninitiative selbst zu organisieren bzw. von der Kommune zu übernehmen. Für diese Entwicklung stehen Schlagworte wie Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit (corporate citizenship, corporate volunteering, corporate socialpartnership).

Die Orte der Umsetzung des Wunsches nach Mitwirkung bei kommunalen Entscheidungen sind in der LHS Stuttgart die Stadtbezirke und die Quartiere, in den größeren Städten die Stadtteile und die Quartiere sowie in den kleineren Städten und Gemeinden die Ortschaften und die ganze Gemeinde. Dies gilt auch für die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements.

Im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements arbeiten die Bürger unentgeltlich mit. Sie benötigen für ihre Tätigkeit aber zumindest die Bereitstellung einer gesicherten Büroinfrastruktur und Logistik durch die Kommunen. Zu einer nachhaltigen Förderung der zivilgesellschaftlichen Freiwilligenarbeit durch die Kommunen gehört ferner der Aufbau und die Pflege einer Netzwerk-Infrastruktur wie beispielsweise Freiwilligenagenturen oder Bürgerbüros.

4.5 Die institutionelle Organisation der StadtRegion Stuttgart

Institutionelle Organisationsstruktur

Im Vergleich zu anderen Staaten gibt es in der Bundesrepublik eine sehr große Zahl von öffentlichen Organisationsebenen. Unterhalb der Ebene der Europäischen Union, des Bundes, des Landes und des Regierungspräsidiums Stuttgart gehören zur engmaschig gefügten kommunalen Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart folgende Institutionen:

- Verband Region Stuttgart,
- Stadtkreis Stuttgart, Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis,
- 40 Verwaltungsgemeinschaften mit 136 Gemeinden, 43 Einheitsgemeinden, verschiedene Zweckverbände,



- 179 Gemeinden (darunter 1 Stadtkreis, 23 Große Kreisstädte),
- 92 Ortschaften (in 34 Gemeinden), 23 Stadtbezirke (LHS Stuttgart).

Die verbreitete Kritik an der Vielzahl der Organisationsstufen richtet sich gegen die damit verbundene nicht zukunftsfähige Überorganisation mit ihrem hohen Personal-, Sach- und Zeitaufwand. Entsprechend werden seit Jahren Reformen mit dem Ziel eines flacheren institutionellen Aufbaus gefordert.

Bisherige institutionelle Reformergebnisse

Bei den bisherigen institutionellen Reformen fällt auf, dass zwar innerhalb der einzelnen institutionellen Ebenen beträchtliche horizontale Veränderungen vorgenommen wurden, die Zahl der Ebenen aber zunahm. Die heutige kommunale Gebietseinteilung der StadtRegion Stuttgart ist das Ergebnis der im Jahr 1975 abgeschlossenen Gemeindereform und der Kreis- und Regionalreform von 1973. Die Zahl der Gemeinden in der StadtRegion Stuttgart wurde von 373 (Stand 1961) um 194 auf 179 (heutiger Stand) reduziert. Dies bedeutet einen prozentualen Rückgang von 52 Prozent. Die Zahl der Landkreise wurde von 9 auf 5 vermindert.

Für den Stadtkreis Stuttgart haben sich weder aus der Gemeindereform noch aus der Kreisreform Änderungen ergeben. Eingemeindungen bzw. Einkreisungen wurden nicht vorgenommen. Die LHS Stuttgart blieb auf eine relativ enge Gemarkung begrenzt. Dies ist einer der Gründe für die gegenwärtige Notwendigkeit einer verstärkten stadtreionalen Abstimmung sowohl in planerischer als auch in finanzieller Hinsicht.

Als Träger der Regionalplanung wurde für die Gebiete des Stadtkreises Stuttgart und der Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis der Regionalverband Mittlerer Neckar als Körperschaft des öffentlichen Rechts neu geschaffen. Hinzu kam 1974 der Nachbarschaftsverband Stuttgart als Träger der Flächennutzungsplanung für 28 Städte und Gemeinden im Kern der Stadtregion.

Um die Position der StadtRegion Stuttgart im europäischen und internationalen Wettbewerb zu stärken wurde im Jahre 1994 mit dem Gesetz über

die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 der Verband Region Stuttgart errichtet. Der Regionalverband und der Nachbarschaftsverband wurden aufgegeben.

Neben der Errichtung des Verbands Region Stuttgart und den auf ihn übertragenen Kompetenzen gab es auch hinsichtlich der Organisationsstruktur des Verbands einen beträchtlichen institutionellen Innovationsschub zu Gunsten der StadtRegion Stuttgart: Das Hauptorgan des Verbandes, die Regionalversammlung, wird direkt von der Bevölkerung der StadtRegion Stuttgart gewählt. Dies bedeutet, dass ein durch Direktwahl demokratisch legitimiertes Gremium alle Entscheidungen trifft, die für die Entwicklung der StadtRegion Stuttgart – soweit der Verband Region Stuttgart hierfür zuständig ist – wesentlich sind.

Zur Finanzierung der allgemeinen Aufwendungen, die nicht über Gebühren und Zweckzuweisungen gedeckt werden können, erhebt der Verband Region Stuttgart von den Gemeinden des Verbandsgebiets eine Verbandumlage. Bemessungsgrundlage ist die Steuerkraftsumme der Gemeinden. Auch hinsichtlich der Verbandsumlage unterscheidet sich die Verfasstheit des Verband Region Stuttgart von den Regionalverbänden in den anderen Landesteilen, deren Finanzbedarf im wesentlichen von den Stadt- und Landkreisen gedeckt wird.

Die demokratische Legitimation der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart und die dem Verband übertragenen Kompetenzen sind hoch einzuschätzen. Sie können als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass das Land auch in Zukunft durchaus bereit ist, neue Pfade zu beschreiten, wenn es gilt, speziell für die strukturellen Bedingungen einer Metropol-Stadtregion einen neuen institutionellen Rahmen zu finden.

Bei der Zusammensetzung der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart fällt auf, dass ihr zwar 9 Oberbürgermeister angehören, aber kein Bürgermeister aus einer Gemeinde der Gemeindegrößenklasse unter 20.000 Einwohner einen Sitz hat. Immerhin zählen 155 Gemeinden der StadtRegion Stuttgart, das sind 86,5 Prozent aller Gemeinden der StadtRegion Stuttgart mit einer Einwohnerzahl von 1.044 Mio. Einwohnern (40,3 % der Einwohner der Stadtregion), zu dieser Gemeindegrößenklasse.

Aus der starken Stellung, die Bürgermeister im kommunalpolitischen Geschehen des Landes Baden-Württemberg einnehmen, und dem Selbstbewusstsein baden-württembergischer Bürgermeister erklärt sich deren zum Teil nicht zu übersehende Skepsis gegenüber dem Verband Region Stuttgart. Es gilt deshalb gerade die Bürgermeister durch intensive Beziehungs- und Überzeugungsarbeit für die StadtRegion Stuttgart und damit letztlich auch für den Verband Region Stuttgart zu gewinnen.

Die Engmaschigkeit und Vielfältigkeit der institutionellen kommunalen Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart schlägt sich in der Zahl der kommunalen Direktwahlmandate (Gemeinderäte, Ortschaftsräte, Kreisräte, Regionalräte) nieder. Auch die Bürgermeister und Oberbürgermeister werden in Baden-Württemberg direkt gewählt. In der Gesamtsumme ergeben sich in der StadtRegion Stuttgart ca. 5.000 kommunale Direktwahlmandate. Wegen Doppelmandaten dürften dieser Mandatszahl schätzungsweise ca. 4.000 direkt gewählte kommunale Mandatsträger entsprechen. Die große Zahl der kommunalen Direktwahlmandate bzw. direkt gewählten kommunalen Mandatsträger kann als Indikator für die Intensität örtlicher und überörtlicher Demokratie in der StadtRegion Stuttgart gedeutet werden.

4.6 Modelle für institutionelle Reformen

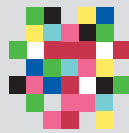
Institutionelle Reformen in der StadtRegion Stuttgart sind nach verschiedenen Modellen denkbar. Um die Fragestellungen des Teilvorhabens umfassend bearbeiten und ein realisierbares Leitbild mit umsetzbaren Handlungsempfehlungen aufstellen zu können, war es unerlässlich, die analytischen Bearbeitungsschritte durch dialogorientierte Bearbeitungsphasen zu ergänzen. Dazu zählten insbesondere die Kontaktgespräche, die mit kommunal- und regionalpolitischen Meinungsführern der StadtRegion Stuttgart sowie einschlägigen Sachverständigen geführt wurden. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand der Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie eine Rückkoppelung der bereits erzielten Arbeitsergebnisse.

Die Kontaktgespräche waren für die Bearbeitung sehr hilfreich. Sie haben zugleich das Interesse

am Ideenwettbewerb geweckt und einen Weg für eine Diskussion der Arbeitsergebnisse mit dem Ziel ihrer Umsetzung eröffnet.

Die folgende Übersicht wurde vom Ansatz her zum einen an Hand dieser Diskussionen zusammengestellt; zum anderen beruhen die Modelle auf Konzepten für institutionelle Erneuerungen in Stadt- und in Raumordnungsregionen, die außerhalb der StadtRegion Stuttgart diskutiert oder verwirklicht wurden. Für die einzelnen Modelle wird im Folgenden lediglich jeweils die Grundtendenz wiedergegeben.

- Regionalstadt Stuttgart:
Bildung einer einheitlich organisierten Stadt (ein Gemeinderat, ein Oberbürgermeister), die nach Auflösung der gesamten bisherigen kommunalen Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart die ganze Stadtregion etwa nach dem Modell Groß-Berlin umfasst.
- Regionalkreis Stuttgart:
Der Verband Region Stuttgart, die 5 Landkreise der Stadtregion und der Stadtkreis Stuttgart werden in einen Regionalkreis überführt. Deren Aufgaben werden in diesem Regionalkreis gebündelt. Ein Teil bisheriger kommunaler und staatlicher Kreisaufgaben wird auf die Gemeinden verlagert. Die bereits begonnene Ausgliederung von Trägerschaftsaufgaben auf privatwirtschaftliche Unternehmen wird fortgeführt.
- Regionaler Zweckverband Stuttgart:
Der Verband Region Stuttgart als einheitliche parlamentarisch kontrollierte Körperschaft wird zu einem Regionalen Planungsverband rückgebildet. Seine Aufgaben entsprechen den Aufgaben des früheren Regionalverbands Mittlerer Neckar. Die stadtrationalen strategischen Aufgabenfelder wie z.B. der Wirtschaftsförderung, des ÖPNV, des Tourismusmarketing, der Landschaftsentwicklung oder der Trägerschaft sportlicher, kultureller und wirtschaftlicher Großveranstaltungen müssten dann von einem nicht direkt demokratisch legitimierten kommunalen Zweckverband getragen werden.
- Regionalbezirk Stuttgart:
Nach diesem Modell tritt an die Stelle des Verbands Region Stuttgart ein Bezirk nach dem Modell höherer Kommunalverbände, wie sie in



- Bayern bestehen. Die Bezirke bilden in Bayern die dritte kommunale Ebene. Sie erledigen ihre Aufgaben im Verwaltungsverbund mit den Bezirksregierungen.
- Netzwerk StadtRegion Stuttgart:
Auf feste Institutionen oberhalb der Gemeindeebene wird hier verzichtet, weil für Aufgaben, die über das Gebiet einer Gemeinde hinaus gehen, funktionale Netzwerke als ad-hoc-Lösungen geschaffen werden. Diese Netzwerke haben auf Grund ihrer Funktionsorientierung jeweils unterschiedliche räumliche Erstreckungsbereiche. Stadtregionale Netzwerke sind damit nicht abhängig von vorgegeben politisch-administrativ festgelegten und institutionalisierten übergemeindlichen Raumeinheiten.
 - Nachbarschaftsbereich Stuttgart:
Unter dem Nachbarschaftsbereich Stuttgart wird der Raum verstanden, zu dem Stuttgart und diejenigen benachbarten Gemeinden gehören, die durch Berufs- und AusbildungsPendler, weitere enge sozio-ökonomische Beziehungen, kulturelle Verflechtungen und die Angleichung an die städtische Lebensweise besonders eng miteinander verflochten sind. Für den Nachbarschaftsbereich Stuttgart wurde in den 1970er Jahren im Zuge der baden-württembergischen Verwaltungsreform der Nachbarschaftsverband Stuttgart als kommunaler Raumplanungsverband geschaffen. Ihm wurde die Aufgabe der Flächennutzungsplanung für den Verbandsbereich übertragen. Außerdem hat er sich auch mit Fragen der Generalverkehrsplanung, der Landschaftsplanung, des Klimaschutzes und des Biotopverbundes befasst. Die äußere Abgrenzung des Nachbarschaftsverbands erfasste allerdings bereits 1974 nicht mehr den gesamten dichtbesiedelten Kern der StadtRegion Stuttgart. Auch ist der Nachbarschaftsbereich im o. a. Sinne sowohl für die Organisation des ÖPNV als auch für die regionale Wirtschaftsförderung, die Abfallbeseitigung sowie die großräumige Siedlungs- und Freiraumentwicklung zu eng geschnitten. Der Nachbarschaftsverband Stuttgart wurde im Zusammenhang mit der Errichtung des Verbands Region Stuttgart im Jahre 1994 aufgelöst. Nach den Erfahrungen, die mit dem Nachbarschaftsverband Stuttgart gesammelt werden konnten, bietet sich der Nachbarschaftsbereich Stuttgart daher nur für einen Teil der anstehenden Aufgaben als Raum für die interkommunale Kooperation an.
 - Stadt-Umland-Verband LHS Stuttgart:
Nach diesem Modell bilden die Gemeinden des Mittelbereichs Stuttgart Ditzingen, Filderstadt, Gerlingen, Korntal-Münchingen und Leinfelden-Echterdingen zusammen mit der LHS Stuttgart einen Stadt-Umland-Verband auf der Basis des Zweckverbandsrechts. Der Stadt-Umland-Verband wäre für alle kommunalen Aufgaben zuständig, deren gemeinsame Umsetzung auf Grund der engen Verflechtungen im unmittelbaren Stadt-Umland-Bereich der LH Stuttgart sachlich geboten ist. Die kommunale Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart wird im übrigen dabei nicht verändert. Die Gründung eines Stadt-Umland-Verbands Stuttgart liegt in der Zuständigkeit der beteiligten Gemeinden. Sie setzt die Bereitschaft voraus, diesen Pfad auch tatsächlich zu begehen. Allerdings ist erkennbar, dass mit einem solchen Stadt-Umland-Verband zentrale stadtregionale Aufgaben nicht zu bewältigen sind.
 - Status quo der Organisationsstruktur und der Handlungsmuster:
Dieses Modell schreibt den gegenwärtigen Zustand in jeder Hinsicht fest. Die kommunale Organisationsstruktur bleibt bestehen. Neue Handlungsmuster werden abgelehnt und deshalb auch nicht eingeführt.
 - Status quo der Organisationsstruktur, aber mit neuen Handlungsmustern:
Dieses Modell lässt die gegenwärtige Organisationsstruktur unverändert, führt aber innerhalb der bestehenden Struktur neue Handlungsmuster ein. In der StadtRegion Stuttgart werden die Aktivitäten in den einzelnen Handlungsfeldern und auf den einzelnen Handlungsstufen nicht von einander isoliert, sondern systemisch initiiert und umgesetzt.
- Bewertung**
- Aus dem aktuellen Stand der politischen Diskussionen um die Frage einer grundlegenden Reform der Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg ist zu schließen, dass die Zahl der heutigen Verwaltungsebenen im Laufe der gegenwärtigen

Legislaturperiode, das heißt bis zum Jahre 2006, nicht geändert wird. Ob und wann es danach politische Mehrheiten für eine grundlegende Änderung der Verwaltungsstufen geben wird, lässt sich heute nicht abschätzen.

Andererseits ist erkennbar, dass ein zunehmender Druck der Gegebenheiten zu Veränderungen führen muss. Unter den gegebenen Bedingungen kann von einer grundsätzlichen Bereitschaft zu Innovationen auf der Basis der gegebenen kommunalen Organisationsstruktur (Modell Staus quo der Organisationsstruktur mit neuen Handlungsmustern) ausgegangen werden. Mit dem Beschreiten dieses Handlungspfades könnte sofort begonnen werden, weil es im Ermessen der beteiligten kommunalen Institutionen selbst liegt. Er hätte zudem den Vorzug, dass er als Teilstrecke auf dem Weg zu weitergehenden institutionellen Innovationen begangen werden kann (Prinzip der lernenden Stadtregion).

Wenn Entscheidungen zu grundlegenden Veränderungen der kommunalen Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart anstehen, dürfte in erster Linie an ein sehr schlankes Modell „Regionalkreis Stuttgart“ zu denken sein. Dieses Modell wäre dann möglicherweise ein institutionelles Reformmodell speziell für die StadtRegion Stuttgart als größtem Agglomerationsraum des Landes, das so nicht auf andere Landesteile übertragen wird.

Für das Modell „Regionalkreis Stuttgart“ spricht, dass es nicht mit Radikallösungen, wie bei dem Modell einer Regionalstadt bzw. einem Zurückdrehen bisher erreichter Reformstandards, ähnlich wie bei einem Zweckverband StadtRegion Stuttgart oder einem Netzwerk StadtRegion Stuttgart verbunden wäre. Damit einhergehen müsste allerdings einerseits eine weitere Aufgabenverlagerung auf die Gemeinden sowie eine fortgesetzte Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen.

Dem Modell „Regionalbezirk Stuttgart“ liegt ein Verwaltungsaufbau zu Grunde, der Baden-Württemberg bisher fremd ist. Es dürfte deshalb nicht in Betracht kommen. Für die beiden Modelle „Nachbarschaftsbereich Stuttgart“ und „Stadt-Umland-Verband LHS Stuttgart“ gilt, dass sie angesichts der wachsenden funktionalräumlichen zunehmenden Verflechtungen sowohl im engeren als auch im weiteren Umland zu eng geschnitten sind. Beide Modelle sind damit nicht zielführend.

4.7 Das Leitbild und die Handlungsempfehlungen

Leitbild

Das Leitbild für eine zukunftsfähige Organisation der StadtRegion Stuttgart 2030 bezieht sich auf mögliche Veränderungen im institutionellen Gefüge dieser Stadtregion.

Aufgrund der demographischen Veränderungen und der immer enger werden Finanzspielräume der öffentlichen Hand ergeben sich zur Bewältigung zukünftiger Aufgaben unter Berücksichtigung von Partizipation und Ausgleich in einer dynamischen StadtRegion Stuttgart als Fazit folgende zwei kommunale Organisationsebenen:

- eine kommunale Organisationsebene, die direkt den Bürgern in ihrer Wohngemeinde zugeordnet ist und der von oben mehr Kompetenzen und Verantwortung übertragen werden. Zur Bewältigung einzelner Aufgaben könnte diese Ebene durchaus aufgabenspezifische interkommunale Zweckbündnisse zulassen, z.B. zur Regelung der Abwasserentsorgung, als gebietsbezogener Planungsverband für die Bauleitplanung.
- eine von den Bürgern direkt demokratisch legitimierte stadregionale Ebene zur übergemeindlichen Aufgabenkoordination, zur Steuerung von stadregionally bedeutsamen Entwicklungen und zur Vertretung stadregionaler Interessen nach außen (Repräsentanz der Stadtregion bei nationalen oder internationalen Angelegenheiten, Wettbewerbsbeteiligungen usw.).

Leitbildfaktoren/Einzelaspekte/ Handlungsfelder

Entsprechend den vielseitigen Verflechtungen entwickelt sich die StadtRegion Stuttgart nach dem Leitbild: Die Stadt ist die Region.

- Da in der StadtRegion Stuttgart als Ganzem die territoriale Basis für die zu erbringenden Integrations- und Partizipationsleistungen liegt, muss sie sowohl nach außen als auch nach innen in Bezug auf eine arbeitsteiliger kooperierende institutionelle Binnenstruktur gut aufgestellt sein, und zwar unter Berücksichtigung der Grundsätze der Subsidiarität



und der Solidarität sowie der wirtschaftlichen Effizienz.

- Um die Standortposition der StadtRegion Stuttgart auf nationaler und internationaler Ebene zu sichern und zu festigen, ist sie als Wirtschaftsmotor der Landesentwicklung entsprechend zu fördern. Die Potenziale endogener Kräfte sind durch innerregionale-interkommunale Koordination und Kooperation zu nutzen.
- In der kleinteiligen, engmaschigen und vielfältigen lokalen Siedlungs- und kommunalen Organisationsstruktur der StadtRegion Stuttgart liegt ein hoher Wert, der den zu lösenden Aufgaben gerade in den Handlungsfeldern soziale Integration und Partizipation sehr entgegen kommt. Die für die Stadtregion Stuttgart spezifisch kleinräumigen Strukturen sind deshalb zu stärken.
- Das Handlungsfeld innerregionale Kooperation mit dem Ziel, die stadtrregionale Kohäsion zu intensivieren, ist als Gemeinschaftsaufgabe sowohl der Kommunen als auch des Verbands StadtRegion Stuttgart zu verstehen. Für kleinräumige, aufgabenspezifische Abstimmungen kommen als innerregionale Kooperationsräume die Mittelbereiche und als interkommunale Kooperationsräume die örtlichen Verwaltungsräume und die Nahbereiche in Betracht.
- Im Handlungsfeld Standortsicherung / Standortentwicklung kommt dem bereits institutionalisierten Verband Region Stuttgart die Führungsrolle zu. Diese Führungsrolle ist auszubauen.
- Die notwendigen Veränderungen mit dem Ziel zukunftsfähiger und nachhaltiger institutioneller Organisations- und Handlungsformen in der StadtRegion Stuttgart sollen als ein zeitlich, sachlich und sozial ausgewogener Prozess erfolgen. Systemisches Denken im stadtrregionalen Zusammenhang soll zu positiven Veränderungen in den institutionellen Handlungsmustern führen. Dieses, jeweils das Ganze und das Zusammenwirken seiner Teile betrachtende „systemische Handeln“ soll nach den Regeln einer lernenden Region im Sinne eines Lernprozesses geschehen. Es soll zur Herausbildung eines stadtrregionalen Bewusstseins und einer stadtrregionalen Identität beitragen.

4.8 Vorschläge zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen

Der Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ legt auf die Umsetzbarkeit und der Umsetzung der Ergebnisse der Forschungsprojekte besonderen Wert. Das Teilprojekt „Institutionelle Organisation und Erneuerung“ geht deshalb von der Nutzung und der Weiterentwicklung besonders bewährter vorhandener Strukturen aus. Es wurde deutlich, dass die hier bereits vorhandenen Organisationsstrukturen gerade unter der Prämisse „Partizipation und Ausgleich“ zukunftsweisend sind und für andere Metropolregionen in Deutschland bzw. in Europa beispielgebenden Modellcharakter haben könnten.

Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen erfordern zunächst Informieren, Werben um Zustimmung und das Aufstellen von Programmen für das weitere Vorgehen. Im Folgenden werden die Umsetzungsschritte einer Strategie zur Transferarbeit näher erläutert:

■ *Information und Diskussion in den Gremien des Verbands Region Stuttgart:*

Ziel ist es, Zustimmung zu den Grundgedanken des Leitbildes zu erlangen und das weitere Vorgehen festzulegen.

■ *Öffentlichkeitsarbeit:*

Um das Erfordernis eines vernetzten Denkens und Handelns in der StadtRegion Stuttgart den Bürgern näher zu bringen, empfiehlt sich eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu gehören Pressearbeit, Beiträge in Fachzeitschriften, Seminare, Workshops, öffentliche Informationsveranstaltungen und die Organisation einer Ausstellung. Zu gute käme sicher der Umstand, dass die StadtRegion Stuttgart in den Medien größtenteils schon heute ein positives Echo findet.

■ *Werbung bei den Kreisverbänden des Gemeindetages:*

Für das Leitbild sollten unbedingt die Gemeinden der StadtRegion Stuttgart gewonnen werden. Ein wichtiges Informations- und Diskussionsforum bieten die heutigen fünf Kreisverbände des Gemeindetags Baden-Württembergs der Stadtregion: Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und Rems-Murr.

■ *Einbindung der kommunalen Spitzenverbände:*

Bei der Transferarbeit ist ferner an kommunale Spitzenverbände wie z.B. den Gemeindefesttag Baden-Württemberg oder den Städtetag Baden-Württemberg zu denken, um sie zu informieren und mit ihnen über die Grundzüge des Leitbildes ins Gespräch zu kommen.

■ *Direkte Adressierung der kommunalen Mandatsträger:*

Die Gelegenheit, die rund 4.000 kommunalen Mandatsträger in der StadtRegion Stuttgart zu interessieren und zu gewinnen, ist derzeit günstig. Die Kommunalwahl 2004 in Baden-Württemberg bietet eine gute Gelegenheit darauf hinzuwirken, dass das Leitbild und das Konzept eines systemischen Zusammenwirkens der kommunalen Institutionen in der StadtRegion Stuttgart in die kommunalpolitischen Wahlprogramme einfließt.

■ *Aktivierung bestehender regional agierender Institutionen:*

Es gehört zu den Vorzügen der StadtRegion Stuttgart, dass es bereits eine ganze Reihe von Organisationen gibt, die in der Stadtregion und für die Stadtregion handeln oder die sich zumindest für ein Handeln in stadtreionalen Zusammenhängen engagieren. Diese sind ebenfalls in die Transferarbeit einzubeziehen. Zu nennen sind hier u.a. die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, die Handwerkskammer Region Stuttgart, die Arbeitsgemeinschaft der DGB-Kreise in der StadtRegion Stuttgart, die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, die KulturRegion Stuttgart e.V., das Forum Region Stuttgart e.V. sowie die Arbeitsgemeinschaften der politischen Parteien in der StadtRegion Stuttgart.

■ *Stadtregionales Monitoring:*

Die regelmäßige Beobachtung des Gesamtsystems „StadtRegion Stuttgart“ sollte über ein stadtreionales Monitoring erfolgen. Dieses könnte ausgebaut und auch Evaluierungsaufgaben übernehmen, wenn es gilt, Vorgänge im Gesamtsystem der StadtRegion Stuttgart zu analysieren und zu bewerten.

Als Stelle für die Wahrnehmung solcher stadtreionaler Monitoring- und Evaluierungsaufgaben bietet sich der Verband Region Stuttgart an.

■ *Forschungsbegleitung:*

Zum Maßnahmenbündel einer Transferstrategie gehört auch die kontinuierliche und punktuell vertiefende wissenschaftliche Begleitung der Entwicklungen in der StadtRegion Stuttgart.

4.9 Ausblick: Erneuerung der institutionellen Organisation

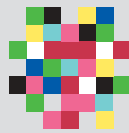
Vortrag von Herrn Rainald Ensslin am 9. Mai 2003 in Ostfildern

4.9.1 Einleitung

Die Stadt 2030 hat mich als Arbeitstitel spontan fasziniert. Denn das ist ein durchaus überschaubarer Zeitraum. Schon die Zeitspanne, die ich als Planer der Region Stuttgart gearbeitet hatte, war länger als die uns jetzt bis 2030 verbleibenden Jahre. Aus der Vielzahl der Beobachtungen war dann auch beim Einstieg in diesen Wettbewerb die These klar: Die Stadt des Jahres 2030 ist einerseits eine ganze Region und andererseits ist es der persönlich wahrgenommene und aktiv mitgestaltete Wohnort.

Die Fülle der täglichen funktionalen Bezüge, die den Lebens- und Wirtschaftsraum, den Erholungs- und Freizeitraum, den Versorgungs- und Kulturraum einer großen Stadt ausmachen, lässt sich heute, und erst recht künftig, nicht mehr in einer einzelnen Gemeinde darstellen. Der städtische Lebensraum ist eindeutig die StadtRegion. Die großen StadtRegionen sind es, die als wirtschaftliche Kraftfelder die Landesentwicklung prägen. Die StadtRegionen kommunizieren und konkurrieren als Standorträume (in der Regel unter dem Namen der zentralen Großstadt).

Alle diese Großstadtregionen sind geprägt von wirtschaftlichen, städtebaulichen, technischen und ökologischen Prozessen, einerseits. Sie sind andererseits geprägt von sozialen und demographischen Vorgängen einschließlich der Migration.



Teilvorhaben Institutionelle Organisation und Erneuerung

Verband Region Stuttgart

Gegliederte Siedlungsstruktur der StadtRegion Stuttgart 2030

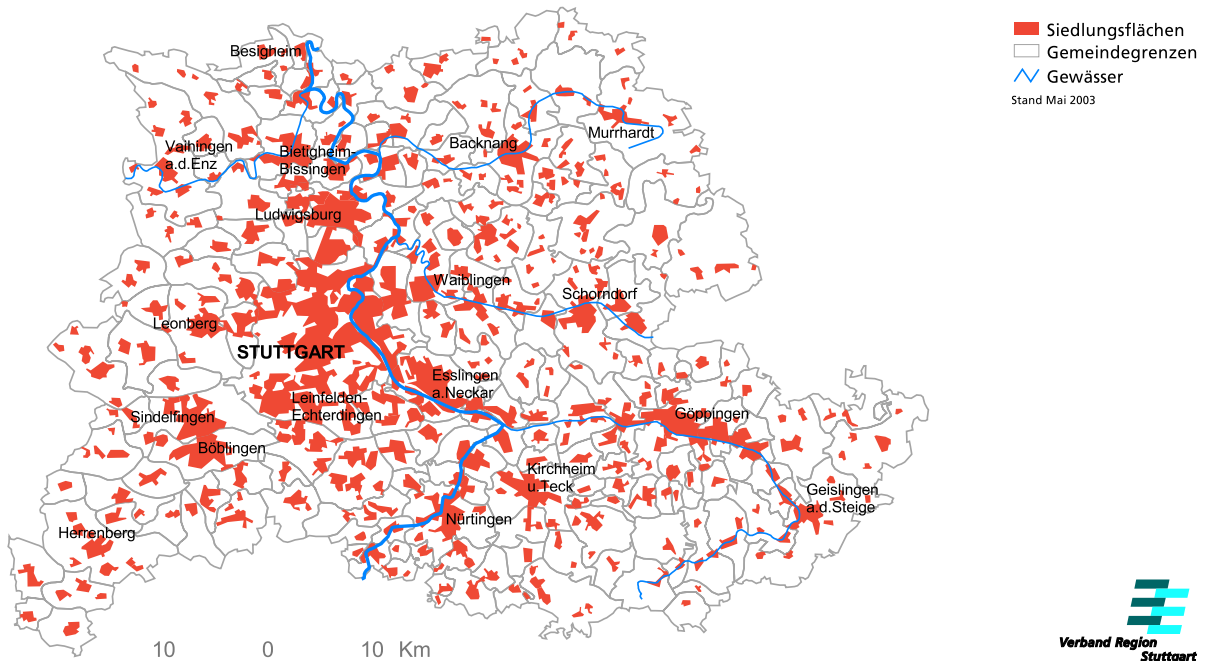


ABB. 39:
STARK GEGLIEDERTE
SIEDLUNGSSTRUKTUR IN
ÜBERSCHAUBAREN EIN-
HEITEN UND MIT SCHWER-
PUNKTEN DER VERSOR-
GUNG BEGÜNSTIGEN HOHE
WOHNQUALITÄT UND
PARTIZIPATION

Bei der hier vorgestellten Untersuchung lag der Schwerpunkt insbesondere auf der demographischen Entwicklung und deren Bewältigung, bei der Art und Weise, wie man künftig in den Wohnorten zusammenlebt und dies war eingebunden in eine Gesamteinschätzung der künftigen Situation und in die Darstellung, wie künftig die StadtRegion organisiert sein kann.

Bereits bei Beginn der Projektüberlegungen war also deutlich, dass die Entwicklungstendenz hin zur StadtRegion einerseits und die notwendige bürgerschaftliche Partizipation im kleinen Wohnort andererseits auf eine institutionelle Innovation hindrängen. Denn hier ist etwas Neues entstanden und man soll nicht neuen Wein in alte Schläuche füllen.

4.9.2 Ausgangslage

Die seit den Stein-Hardenberg'schen Reformen bestehende Gliederung: Gemeinde – Kreise – Regierungsbezirke – Provinz/Land – Nationalstaat, ist in den vergangenen 100 Jahren immer nur durch weitere Organisationsformen angereichert worden. Immer, wenn ein neues Problem

unübersehbar aufgetreten war, hat man mit gebührender Verzögerung, weil das irgendwo mit Machtverlust verbunden war, eine neue Ebene eingezogen oder – unter Vermeidung harter Entscheidungen – eine Sonderbehörde geschaffen.

In den Gemeinden und Städten gibt es Orts- und Bezirksamter und über den Gemeinden haben wir in Baden-Württemberg bis zu sechs weitere Ebenen, nämlich Verwaltungsgemeinschaften und Nachbarschaftsverbände, Landkreise, Regionen, Regierungsbezirke, Landesregierung, Bundesregierung und Europäische Union.

Dazu kommen noch Dutzende von Sonderbehörden und Hunderte von Zweckverbänden (teilweise mit Milliardenetats). Dies alles, um die Diskrepanz zwischen den räumlich und fachlich erkennbaren Erfordernissen und den traditionellen Strukturen zu überdecken. Doch diese Erhaltungs-, Ausbau- und Ausbesserungsstrategie ist für die institutionelle Organisation der StadtRegion bis 2030 nicht mehr haltbar.

Durch die Untersuchungen zum Projekt wird überdeutlich, dass die AUSGANGSBASIS für Insti-

tutionen und Organisation sich in den nächsten 30 Jahren verändert.

- *Unser Staat als nationaler Standort ist in ein globales Wirtschaftssystem und*
- *in die Europäische Union eingebunden.*
- *Wir haben ein Kommunikations- und Informationsnetz, das weltweit und lokal höchste Abstimmungs- und Prozessgeschwindigkeiten erlaubt und auf andere Organisationsformen zielt.*
- *Die Beschleunigung der Kommunikation und die Vergrößerung der Marktgebiete ermöglichen es, viele bisher unrentable öffentliche Aufgaben künftig privatwirtschaftlich rentabel zu erledigen.
(Technische Versorgung, Transport und Kommunikation, Pflege und Gesundheit, technische Kontrolle, Vermittlung ...)*
- *Vor allem aber, wir haben im Jahr 2030 ca. 4 – 5 Millionen weniger Erwerbstätige, also Steuer- und Beitragszahler in Deutschland; dafür gibt's Renten-, Pensions-, Krankheits- und Pflegekosten, die um 60 – 100 % gegenüber heute ansteigen können, da die Empfängerzahlen sich nahezu verdoppeln.*
- *Der Weg über höhere Steuern und Beiträge ist in der internationalen Standortkonkurrenz ebenso wenig ratsam wie eine noch höhere Staatsverschuldung.*

4.9.3 Folgerungen und Fragen

Es liegt nahe, dass der Einzelbürger künftig privat sowohl finanziell als auch durch ehrenamtliche Leistung mehr beitragen muss. Für vieles werden wir künftig bezahlen, was wir bislang gebührenfrei an öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen. Doch in unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft liegt es dann auch auf der Hand, dass die Bürger mehr Mitsprache und mehr Wahlmöglichkeiten erhalten. Denn bürgerschaftliches Engagement ist mit wirkungsvoller Partizipation unmittelbar verbunden.

Weiter folgern lässt sich aber auch und darf nicht länger verdrängt werden:

1. Die Zahl der beitrags- und steuerfinanzierten öffentlichen Tätigkeiten ist drastisch zu reduzieren, anstatt sie nur von einer auf die andere

Institution zu verlagern.

2. Die (sehr) viel weniger verbleibenden Verwaltungsleistungen müssen auch wesentlich schneller und effektiver verfügbar sein. Dazu sind die Zahl der Ebenen und Dienststellen insgesamt zu verkleinern.
3. Die Verwaltungsräume sind den tatsächlichen Lebens- und Funktionsräumen und den Möglichkeiten der Kommunikation anzugleichen.
4. Um dennoch überhaupt noch finanziell und personell durchzukommen, ist dauerhaft institutionell die Mitwirkung der Bürger an der Aufgabenerfüllung zu sichern.

Angesichts der Tatsache, dass es nicht mehr ausreicht, in dieser Region historisch entstandene Behördenfunktionen und Strukturen umzuverteilen, war die für das Projekt StadtRegion 2030 wichtigste Frage nun:

- Welches sind – ausgehend von der heutigen Struktur – die geeigneten und richtigen Räume im kommunalen Bereich, auf die eine institutionelle Organisation künftig abgestimmt sein sollte?

Damit verbunden sind die Ausgangsfragen:

- Wie kann in der StadtRegion Stuttgart die soziale, wirtschaftliche, funktionale Integration am besten gelingen?
- Wie kann für die StadtRegion mit dem Ziel einer weiterhin wirtschaftlich dynamischen Entwicklung und des sozialen Ausgleichs die Mitwirkung der Bürger gefördert werden?

4.9.4 Lösungsvorschlag für die StadtRegion insgesamt

Die besonders hohe wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leistungskraft stark verflochtener und integrierter Verdichtungsräume ist seit langem evident. Denn die auf engem Raum zusammenwirkende Vielfalt spezialisierter Fähigkeiten, die Tragfähigkeit und die weitreichende Wirkung eines großen Marktes sind „unschlagbar“.

Um diese positiven Eigenschaften zur Geltung zu bringen, ist für eine Anzahl strategischer Entwicklungs-, Trägerschafts- und Planungsaufgaben sowie für die Repräsentanz nach außen



eine einheitliche Trägerschaft und durchsetzbare Kompetenz nötig. Dass das Hauptorgan dann direkt von der Bürgerschaft gewählt wird, erscheint angesichts der Bedeutung der Entscheidungen, des Finanzvolumens und zur Legitimation der StadtRegion als Einheit eine Selbstverständlichkeit.

Evident ist aber auch, dass eine räumlich und strategisch so weit ausgreifende Institution sich nicht um Details vor Ort kümmern sollte, sondern nur insgesamt kontrollieren und ausgleichen kann.

Alle Gründe, die 1973 und 1994 für die Abgrenzung und Errichtung der jetzigen Region Stuttgart und die Einrichtung eines direkt gewählten Regionalparlaments gegolten haben, sind heute noch zutreffend. Der Problemdruck hat sich verstärkt, der auf eine Ausgestaltung der EINEN regionalen Ebene hinzielt.

Gleichzeitig hat die Aufgabenträgerschaft auf Ebene der unteren Verwaltungsbehörden zugunsten privatwirtschaftlicher Erledigung abgenommen. Sie könnte noch weiter abnehmen. Diese öffentliche Ebene der Aufgabenträgerschaft könnte also entfallen. Die Wissensvernetzung und die Verfügbarkeit von Daten macht es möglich, künftig auch viele Spezialkenntnisse und selten gefragte Leistungen unmittelbar in den Gemeinden den Bürgern anzubieten. Es stimmt nicht mehr, dass kleine Gemeinden dafür ungeeignet seien. Es gibt keinen „begrenzten Untertanenverstand“ kleiner Kommunen.

4.9.5 Lösungsvorschlag für die lokale Ebene

Im Gegensatz zu vielen anderen großen Verdichtungsräumen besteht die StadtRegion Stuttgart aus sehr vielen, teilweise sehr kleinen Gemeinden. Gerade im Vergleich mit anderen Metropolen erschien die kleinräumliche Gemeindestruktur immer wieder als Nachteil. Greater London hat mit 6 Millionen Einwohnern ca. 30 Städte, der Kommunalverband Ruhr bei 5.4 Millionen Einwohnern ca. 55, die Region Hannover bei 1.2 Millionen Einwohnern 21 Kommunen. Dagegen hat die StadtRegion Stuttgart bei 2.6 Millionen Einwohnern 179 Städte und Gemeinden.

Immer, wenn es in der Vergangenheit darum ging, für notwendige gemeinsame Leistungen, für

sperrige, teure oder unangenehme Aufgaben schnell zu entscheiden, zeigte sich der Nachteil der Zersplitterung, verstärkt durch den Nachteil der vielen Ebenen, die sich gegenseitig lahm legten. Doch immerhin ist das seit Einrichtung des direkt gewählten Regionalparlaments anders, und zugleich wird jetzt die besondere Qualität einer engmaschigen Gemeindestruktur deutlicher.

Angesichts des Ärgers bei Großvorhaben, wurden bisher viel zu wenig die positiven Entwicklungswirkungen der kleinräumlichen Gemeindegliederung beachtet. Zwar wurden einige notwendige Einrichtungen nicht rechtzeitig gebündelt, aber es unterblieben auch nachteilige Ballungen und von den Bürgern nicht präferierte Großstrukturen. Obwohl damit auch einige kleinere Nachteile verbunden sind, ist positiv festzustellen:

- Die Siedlungsstruktur blieb kleinteilig, problematische Großsiedlungen entstanden kaum.
- Entstanden sind kleine Blockstrukturen mit viel Privateigentum, hoher Wohnqualität und vielen Rändern.
- Großflächige Slumgebiete sind nicht gegeben.
- In der ganzen StadtRegion gibt's nur wenige Gebiete mit mehr als 800 m Distanz zur freien Landschaft.
- Die Ausstattung mit kommunalen Einrichtungen ist überdurchschnittlich und reichhaltig.
- In den kleineren Städten und Gemeinden, aber auch Stadtteilen sind soziale Probleme überschaubarer und werden früher erkennbar – auch gegenüber nachteiligen Entwicklungen ist im Vergleich zu Großstädten die Toleranzgrenze enger.
- Die vielen selbständigen Gemeinden bemühen sich eigenständig um Gewerbeansiedlung, und zwar eher von kleinen und mittleren Betrieben in günstigem „Branchenmix“.
- Vor allem aber, kleinere Städte und Gemeinden bieten mehr Chancen für bürgerschaftliche Partizipation.

Die 8 im Rahmen des Forschungsprojektes kooperierenden Städte im Ruhrgebiet mit insgesamt ca. 3 Millionen Einwohnern haben ca. 450 bis 500 gewählte Gemeinderäte. Die 179 Gemeinden der StadtRegion Stuttgart haben bei

2.6 Millionen Einwohnern 4.500 direkt gewählte kommunale Vertreter in Stadt- und Gemeinderat bis hin zum Regionalparlament. Kein Zweifel, es wirkt sich auf einen Ort und seine Ausstattungsqualität aus, wenn nicht für 6000, sondern bereits für 500 Einwohner eine Person repräsentiert. Die Chance, in der kleinen Stadt einen Gemeinderat zu kennen und persönlich anzusprechen, ist doch spürbar größer.

Dem schwäbischen Bürgermeister wird nachgesagt, „dass er in seinem Ort alles weiß“. Die dahinter stehende Tatsache ist einfach. In den Verwaltungen kleiner Gemeinden, ja selbst in Städten mit mehreren 10.000 Einwohnern, läuft das Wissen über Gemeindeangelegenheiten „natürlich“ sehr viel leichter zusammen. Es geht dann eben manches schneller als in großen, hochdifferenzierten Großstadtverwaltungen mit sehr qualifizierten Abteilungen.

Bei dem Gesamtprojekt der StadtRegion Stuttgart 2030 haben wir festgestellt, dass für die Bewältigung der Fragen, die sich aus demographischer Alterung und Migration ergeben, viel mehr Beteiligung und Engagement der Bürger nötig werden. Eindeutig festgestellt wurde auch, dass an den einzelnen Orten, in den Stadtteilen ein integriertes Zusammenwirken der betroffenen öffentlichen Stellen und der privaten Organisationen und Einzelpersonen dringend nötig ist. Gerade dafür sind die örtliche Gemeindeverwaltung, das kleine Bezirksamt mit – selbstverständlich! – direkt gewählten Vertretern der Bürgerschaft also durchaus von Vorteil. Das galt für die bisherige Entwicklung, das dürfte künftig erst recht gelten.

Bürgerschaftliche Partizipation gehört zur Gemeinde, zur Stadt, wie's Wasser zur Mühle. Das gemeinsinnige Engagement macht erst die Siedlung zur Gemeinde. Dabei ist diese bürgerliche Mitwirkung in jedem Aggregatzustand nötig, von der spontanen Initiative, die einen munteren Brief an den Oberbürgermeister schreibt, bis zur festen, gut ausgestatteten Organisation, die auf Dauer Pflichten übernimmt, z. B. die freiwillige Feuerwehr oder der Krankenpflegeverein. Insbesondere solche auf Dauer und unter Einsatz erheblicher Mittel eingerichtete bürgerliche Institutionen müssen stets demokratisch strukturiert und eingebunden sein. Vor allem der Gemeinderat bietet sich als Koordinierungsorgan an.

Keine Frage, dass in der Großstadt die Masse der Ideen und Anlässe viel umfassender ist, aber die Schwierigkeit der Organisation ist ungleich größer. Dazu ist der Gemeinderat als Haupt-Institution bürgerlicher Partizipation und Meinungsbildung weit weg.

Ganz anders in der kleineren Stadt und Gemeinde. Dort ist der Gemeinderat wegen der Nähe zu den Bürgern geradezu ein ideales Sammelbecken der Ideen und Initiativen. Ideal auch, weil alle 5 Jahre eine Wiederwahl stattfindet, das Gremium wirkungsvolle Beschlüsse fasst, auf Dauer eingerichtet und legitimiert ist. Nicht nur als Sprachrohr der Bürgerschaft gegenüber der Region ist der Gemeinderat eine hervorragende Institution. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden hat der Rat eine unersetzbare Rolle für die Partizipation, für Integration und Ausgleich.

4.9.6 Abschließende Empfehlung

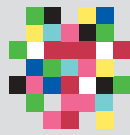
Die bereits gegebene und für die nächsten Jahrzehnte absehbare Entwicklung ist im gegenwärtigen Rahmen nicht mehr zu bewältigen. Vielmehr, die Vereinfachung der institutionellen Organisation in der StadtRegion Stuttgart erscheint für 2030 zwingend. Eine Verlagerung von Zuständigkeiten ist nur ein erster Teil, ganze Aufgabebereiche und Ebenen der öffentlichen Verwaltung sind angesichts der sozialen, weltwirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung abzubauen.

Der Vorschlag des Projektes geht auf nur zwei kommunale Organisationsebenen in der StadtRegion Stuttgart:

- eine strategische, ausgleichende und entwickelnde Ebene für die ganze Region sowie
- eine wesentlich gestärkte, direkt den Bürgern zugeordnete Gemeindeebene mit ihrer Vielzahl von Gemeinden.

In der StadtRegion Stuttgart ist es möglich, darauf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten systematisch in zeitlich, sachlich und sozial geordnetem und ausgewogenem Prozess auf dieses Ziel zuzugehen. Die Voraussetzungen dafür sind wie in kaum einer anderen StadtRegion günstig.

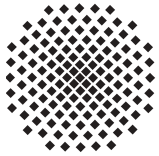
Rainald Ensslin





Teil III: Leitbild und Perspektiven

STUTGART



Verband Region
Stuttgart



Mit dem Leitbild StadtRegion Stuttgart 2030 leistet das Verbundprojekt einen Beitrag zu langfristig angelegten Konzepten und Strategien, den demographischen und sozialen Wandel in der StadtRegion zu gestalten. Im Vordergrund stehen dabei die Handlungsfelder „Integration“, „Partizipation“ und „Institutionelle Organisation“.



1 Leitbildverständnis

Das Projekt StadtRegion Stuttgart 2030 versteht sich auch als Beitrag zur „Demokratisierung der Leitbildproduktion“. Für die Stadtentwicklung war bisher charakteristisch, dass Leitbilder einen innerfachlichen Referenzrahmen haben. Seit einigen Jahren hat sich die Debatte über Leitbilder in folgende Richtungen verändert.

- Sie haben zum Einen das Moment des Räumlich-Bildhaften verloren, das ihnen ursprünglich anhaftete, bis dahin, dass Leitbilder sich in Regeln für ein bestimmtes Vorgehen aufgelöst haben.
- Sie haben zum Anderen den fachlichen Rigorismus verloren: statt fachlicher Dekretierung ein Angebot zur bürgerschaftlichen Verständigung.

Dieses gewandelte Verständnis von Leitbild im Sinne der Problematisierung eines ausschließlich fachbezogenen Vorgehens und der Zurückdrängung des Inhaltlichen-Normativen zugunsten des Prozessualen hat in den vergangenen Jahren an Raum gewonnen. Das Verfahren soll durch Information und Selbstaufklärung der Beteiligten, durch einen strukturierten Diskussionsprozess den „Problemhorizont der Akteure“ erweitern und die denkbaren Optionen der Entwicklung öffnen.

Hieran orientiert sich auch das Projekt StadtRegion Stuttgart 2030. Es setzte seine Annäherungen an die Zukunft sowohl der wissenschaftlichen wie bürgerschaftlichen Diskussion aus. Die Verlagerung der Leitbildgenerierung auf den Prozess trägt den Vorbehalten Rechnung, dass Leitbilder im Sinne eines bestimmten Satzes inhaltlich definierter Elemente der Realität häufig genug Gewalt antun und zu Resultaten führen, die schon sehr bald in Frage gestellt werden. Wichtiger ist jedoch die Einsicht, dass eine durchgreifende Veränderung und Anpassung vorhandener Strukturen nur möglich ist, wenn die beteiligten Gruppen und gesellschaftlichen Akteure in den Entscheidungsprozess einbezogen sind.

Wenn das Verfahren die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger und beteiligter Institutionen bei der Produktion von Leitbildern in

den Mittelpunkt rückt, dann ist auch zu akzeptieren, dass die dann im Prozess gefundenen Ergebnisse im Widerspruch zu den fachlich erwünschten Elementen einer Entwicklung stehen können. Das von den Bürgern Gewünschte muss nicht identisch sein mit dem fachlich für richtig und wichtig Gehaltene; und beides kann sich ändern. Wie kann man fachlich begründete Leitlinien, wie zum Beispiel dem Gebot sozialer Integration oder interkommunaler Kooperation Geltung verschaffen? Hier liegen sich widersprechende Anforderungen vor: Einerseits wird ein zentrales inhaltliches Postulat formuliert, andererseits die prinzipielle inhaltliche Offenheit eingefordert als Voraussetzung für einen glaubwürdigen Diskussions- und Politikprozess, in den die Bürger einbezogen sind. Diese Widersprüchlichkeiten liegen in der Sache selbst, sie können nur im Vollzug nach Kräften ausbalanciert, jedoch nicht aus der Welt geschafft werden. Unter diesem prinzipiellen Vorbehalt sind die folgenden Ausführungen zum Leitbild zu sehen.

2 Leitbild StadtRegion Stuttgart 2030

Einführung

Durch ihre politische Organisation, ihre raumstrukturellen Eigenschaften und ihre dynamische wirtschaftliche Entwicklung besitzt die StadtRegion Stuttgart günstige Voraussetzungen, um flexibel auf die Bedürfnisse einer sozial und kulturell pluraler werdenden Gesellschaft reagieren zu können. Um in einem schärfer werdenden interregionalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen zu können, ist es erforderlich, den demographischen und sozialen Wandel und seine wirtschaftlichen und gesellschaftlich-institutionellen Konsequenzen mit Hilfe langfristig angelegter Konzepte und Strategien zu gestalten.

Lokale und regionale Politik allein kann die Integration von Zuwanderern und einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen nicht leisten. Auch auf Bundes- und Landesebene müssen in der Sozial-, Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Leitbild Integration

■ *Zuwanderung ist als Chance und Voraussetzung für eine prosperierende StadtRegion Stuttgart zu begreifen.*

Die StadtRegion Stuttgart stellt sich dem demographischen und sozialen Wandel. Gerade auf dem Hintergrund der rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung, dem damit verbundenen Rückgang der Erwerbstätigen und der Alterung der Erwerbspersonen ist die StadtRegion Stuttgart 2030 auf eine qualifizierte Arbeitsmigration angewiesen. Um sich im entsprechenden Standortwettbewerb zwischen den Metropolregionen weiterhin behaupten zu können, muss die StadtRegion Stuttgart verstärkt jüngere und qualifizierte Menschen anwerben. Für diese Gruppen von Zuwanderern ist sie nur attraktiv, wenn die StadtRegion als eine für internationale und interkulturelle Prägungen offene Stadtregion kenntlich ist.

Neben der Entwicklung angepasster Weiterbildungsstrategien für eine alternde Erwerbsgesellschaft ist die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte Voraussetzung für die wirtschaftliche Dynamik der StadtRegion Stuttgart. Zuwanderung in die StadtRegion ist als Chance zu begreifen. Es bedarf der Stärkung der emotionalen Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Zuwanderung.

Nur eine prosperierende StadtRegion Stuttgart 2030 mit attraktivem Arbeitsplatzangebot, leistungsfähigem Bildungsangebot und stabilen kommunalen Haushalten kann die erforderliche gesellschaftliche Integration der Migranten leisten. Diese wiederum ist wesentlicher Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und deren Familien.

■ *Kommunale und regionale Infrastrukturen in der StadtRegion Stuttgart sind auf verstärkte Zuwanderung vorzubereiten.*

Starken Einfluss auf die Integration von Migranten haben der Arbeitsmarkt, die Aus- und Weiterbildung, die Sprachkompetenz sowie die emotionale Akzeptanz der Bevölkerung. Eine interkulturelle öffentliche Kompetenz und Infrastruktur, unbürokratische Einbürgerungsverfahren sowie das kommunale Wahlrecht müssen in den kommenden Jahrzehnten an Bedeutung gewinnen.

Soziale Stadtpolitik und Bildungspolitik sind aufeinander abzustimmen. Die Erfahrungen vor allem in den Schulen sind entscheidend für die langfristigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Schulen sind Orte, an denen Einheimische und Zuwanderer in Kontakt zueinander kommen. Auch Freizeit-, Sport- und Vereinsaktivitäten, die ähnliche Funktionen übernehmen, sind gezielt zu unterstützen.

■ *Sozial gebundener Wohnungsbestand innerhalb der StadtRegion Stuttgart ist zu sichern.*

Eine ethnische und soziale Durchmischung in den Stadtvierteln ist wünschenswert. Freiwillige Segregation sollte jedoch toleriert, unfreiwillige Segregation dagegen abgebaut werden. Erforderlich ist deshalb eine Neuorientierung der Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau. Für eine erfolgreiche soziale Stadtpolitik ist ein ausreichend großer und auf möglichst viele Gemeinden der ganzen Region Stuttgart verteilter sozial gebundener Wohnungsbestand wichtige Voraussetzung. Er muss erhalten und gegebenenfalls erweitert werden.

■ *Bürgerschaftliches Engagement und Selbstbestimmung im Alter sind zu fördern.*

Neben der Zuwanderung stellt die demographische Alterung die zentrale Herausforderung für die Integrationsleistung der Gesellschaft im Jahr 2030 dar. Vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher (finanzieller) Ressourcen gewinnt das bürgerschaftliche und nachbarschaftliche Engagement an Bedeutung.

Bei der Gestaltung sozialer Netzwerke zur Betreuung und Versorgung hilfebedürftiger älterer Menschen hat in Zukunft das ehrenamtliche Engagement einen deutlich höheren Stellenwert. Eine gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes – z.B. durch Schulung und Betreuung ehrenamtlich Tätiger – ist erforderlich. Gleichzeitig muss eine institutionelle Grundversorgung gesichert bleiben.

Segregation der Altersgruppen sollte durch ein familienfreundliches Wohnungsangebot und durch die Verbesserung der Wohnumfeldqualität verhindert werden. Der Erhalt von Nahversorgungsinfrastruktur und wohnortnahen ärztlichen Dienstleistungen, eine verbesserte Verkehrsanbindung und die Beseitigung von Mobilitätsbarrieren sowie ein wohnortnahes Naherholungsangebot erlauben



auch im Alter eine weitgehend unabhängige Lebensführung. Diese Aspekte sollten insbesondere bei der Umwandlung und Neunutzung von gewerblich genutzten Flächen und Brachen berücksichtigt werden.

Leitbild Partizipation

■ *Gesellschaftliche Partizipation der Migranten ist wesentliche Voraussetzung für ihre erfolgreiche gesellschaftliche Integration. Ein fairer Interessenausgleich zwischen den Generationen ist notwendig.*

Die Stabilisierung und Modernisierung gefährdeter sozialer Strukturen erfordern zusätzliches privatwirtschaftliches Engagement und erweiterte zivilgesellschaftliche Einflussnahme durch Vergrößerung des bürgerschaftlichen Handlungsrahmens. Dadurch können Chancen zur eigenständigen Entwicklung neuer nachbarschaftlicher Zusammenhänge und gegenseitiger Hilfeleistungen eröffnet werden.

Ziel kommunaler Politik in „überforderten Nachbarschaften“ muss es sein, soziale Konflikte zu mildern und Ansätze zur Selbsthilfe zu initiieren und zu fördern. Hierzu sind den Trägern vor Ort Ressourcen und Kompetenzen zu geben. Durch Angebote der Konfliktmoderation kann auch dem verbreiteten Gefühl der Unsicherheit entgegengetreten werden, das eine der Ursachen für die Abwanderung vor allem deutscher Haushalte aus diesen Quartieren ist.

Um eine stärkere Nachfrage nach durch ältere Menschen erbrachten Leistungen zu erzeugen, ist das Vertrauen in die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen zu fördern. Ältere Menschen sollten motiviert werden, sich verstärkt bürgerschaftlich zu engagieren. Das Zusammenleben der Generationen kann durch Orte und Projekte der Begegnung gefördert werden. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Schulen zu. Zugleich sollte in allen Belangen auf einen fairen Interessenausgleich zwischen den Generationen hingewirkt werden.

Leitbild Institutionelle Organisation

■ *Die kommunale und regionale Ebene müssen gestärkt werden. Die Stadt ist die Region.*

Die StadtRegion Stuttgart ist der Kernraum einer Europäischen Metropolregion. In ihrer polyzentralen, kleinteiligen und vielfältigen Raumstruktur liegt ein hoher Wert. Er zeigt sich beispielhaft in der leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur. Ihre differenzierte kommunale Organisationsstruktur bietet günstige Rahmenbedingungen für politische Entscheidungsfindung und bürgerschaftliches Engagement. Sie hat sich bisher im Hinblick auf Integration, Partizipation und Ausgleich bewährt. Das Leitbild der StadtRegion Stuttgart 2030 muss diese Qualitäten bewahren und durch ein regionales Management verstärken.

Aus den immer enger werdenden Finanzspielräumen der öffentlichen Hand einerseits und gewandelten Lebensbezügen andererseits ergeben sich Notwendigkeiten zur Straffung öffentlicher Verwaltungsstrukturen. Zwischen den Kernstädten und dem Umland ist im Hinblick auf die ungleiche Verteilung von Vor- und Nachteilen des ökonomischen und sozialen Wandels ein Ausgleich erforderlich.

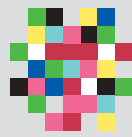
Es bedarf einer sowohl nach außen als auch nach innen wirkenden arbeitsteilig organisierten Struktur, welche die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität sowie der wirtschaftlichen Effizienz berücksichtigt.

Diese Struktur umfasst zwei von den Bürgerinnen und Bürgern durch Direktwahl legitimierte Ebenen:

- die kommunale Ebene ist mit allen Kompetenzen ausgestattet, die zu einer wohnort- und bürgernahen öffentlichen Verwaltung gehören. Sie versorgt die Bürgerinnen und Bürger wirtschaftlich effizient mit öffentlichen Dienstleistungen, hält die wohnortnahe öffentliche Infrastruktur vor und ist der Ort der Ausübung des Grundrechts auf lokale Demokratie. Zur Bewältigung einzelner Aufgaben könnte diese Ebene aufgabenspezifisch interkommunale Zweckbündnisse schließen.
- die regionale Ebene, die regionalbedeutsame Entwicklungen steuert und gleichzeitig die

Region als Ganzes bei nationalen oder internationalen Angelegenheiten nach außen vertritt sowie im Innern die übergemeindlichen Aufgaben koordiniert. Sie nimmt die Aufgaben wahr, die vor allem im regionalen Zusammenhang gelöst werden können, sorgt für innerregionalen Ausgleich und trägt so auch zur Entfaltung endogener Kräfte bei. Ihr kommt im Handlungsfeld einer ganzheitlichen Raumentwicklung und Wirtschaftsförderung eine Führungsrolle zu.

Auf der kommunalen Ebene fördern bürgernahe Gemeinden, Stadtbezirke und Quartiere die Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Die Gemeinden stellen die notwendigen Ressourcen für das bürgerschaftliche Engagement bereit und ermöglichen die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Partizipation und Integration sind auf der kommunalen Ebene am effektivsten. Ein „stadtrregionales Bewusstsein“ und eine „stadtrregionale Identität“ der Bürgerinnen und Bürgern sind dabei von herausragender Bedeutung. Bewusstsein und Identität zu stärken und zu entwickeln ist kommunale und regionale Aufgabe gleichermaßen.





Abschlußveranstaltung



PROF.DR. RICHARD RESCHL,
KOMMUNALENTWICKLUNG LEG
BADEN-WÜRTTEMBERG



DR SUSANNE ALBRECHT, INSTITUT FÜR
GEOGRAPHIE, UNIVERSITÄT STUTTGART



PROF.DR. JOHANN JESSEN, STÄDTE-
BAU-INSTITUT, UNIVERSITÄT STUTTGART



RAINALD ENSSLIN, LEIT.TECH.DIREKTOR
I.R., VERBAND REGION STUTTGART

BAUBÜRGERMEISTER MATTHIAS HAHN (STUTTGART) BEGRÜßT DIE TEILNEHMER DER ABSCHLUSSVERANSTALTUNG. DAS PODIUM V.L.N.R.: PROF.DR. JOHANN JESSEN (SI), DR. SUSANNE ALBRECHT (GI), DR. ALBRECHT GÖSCHEL (DIFU), RAINALD ENSSLIN (VRS), PETRA MENZEL (KE), PROF.DR. RICHARD RESCHL (KE)

Am 9. Mai 2003 fand im Stadthaus Scharnhäuser Park, Ostfildern die halbtägige Abschlussveranstaltung „StadtRegion Stuttgart 2030“ unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Die Einladung an Vertreter aus Politik und Verwaltung, an Fachexperten und an dem Forschungsprojekt beteiligten und interessierten Bürgern aus Stadt und Region hatte eine große Resonanz gefunden. Eingeleitet wurde die Veranstaltung von einer Pressekonferenz und einer Ausstellung zu den wichtigsten Ergebnissen der Teilvorhaben.

Es folgte die Begrüßung durch den Hausherr Oberbürgermeister Herbert Rösch und die offiziellen Vertreter der Landeshauptstadt Stuttgart und des Verbandes Region Stuttgart, Baubürgermeister Matthias Hahn und Regionaldirektor Dr. Bernd Steinacher, der sich Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik Berlin, mit seinem einleitenden Referat zum „Forschungsverbund Stadt 2030“ anschloss.

Die Vorstellungen der Ergebnisse aus den vier Teilprojekten des Forschungsvorhabens „StadtRegion Stuttgart 2030“ wurden von Vertretern der beteiligten Institutionen präsentiert: Prof. Dr. Richard Reschl, Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg; Dr. Susanne Albrecht, Institut für Geographie, Universität Stuttgart ; Prof.Dr. Johann Jessen, Städtebau-Institut, Universität Stuttgart; Rainald Ensslin, Verband Region Stuttgart. Den Abschluss fand die Veranstaltung in einem Stehempfang. Hier wurde den Teilnehmern u.a. Gelegenheit zum Dialog geboten und Einblicke in die auf CD präsentierten Quartiersszenarien des Städtebau-Instituts ermöglicht.

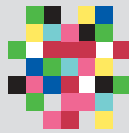




Literatur

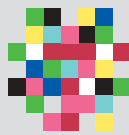
- Baltes, P.B., U Lindenberger; U. M. Staudinger, (1998):
Die zwei Gesichter der Intelligenz im Alter.
In: Spektrum der Wissenschaft Digest 2/1998.
- Beck-Gernsheim, E. (2003)
Interkulturelle Missverständnisse in der Migrationsforschung, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, H. 1/2003
- Becker, H. (1999):
Leitbilder. In: Häussermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S.123 –134.
- Bender, S.; W. Seifert (1998):
Lokale Arbeitsmärkte für ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Berufliche Veränderungsprozesse am Beispiel dreier idealtypischer Arbeitsmarktregionen.
In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Jg. 31, Heft 4, S. 661-673.
- Birg, Herwig (2002):
Die demographische Zeitenwende. München
- Bohrer, K. H. u. K. Scheel (Hrsg.) (2001):
Zukunft denken nach den Utopien.
In: Merkur, H. 9/10.
- Brake, K., J. Danschat u. G. Herfert (Hrsg.) (2001):
Suburbanisierung in Deutschland- Aktuelle Tendenzen. Opladen.
- Bruhns, K.; W. Mack (Hrsg.) (2001):
Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen.
- Bucher, H.; M. Kocks (1999):
Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 11/12, S. 755 – 772.
- Bucher, H.; M. Kocks; C. Schlömer (2002):
Künftige internationale Wanderungen und die räumliche Inzidenz von Integrationsaufgaben.
In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 8, S. 415-430.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000):
Raumordnungsbericht 2000. Berichte, Band 7. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000):
Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung. Informationen zur Raumentwicklung; Heft 9/10, Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000):
Europäische Metropolregionen. Informationen zur Raumentwicklung; Heft 11/12, Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2001):
Regionen im Wettbewerb. Informationen zur Raumentwicklung; Heft 8, Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2002):
Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 2002. Berichte, Band 14. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1995):
Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2000):
Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen – Belastungen – Herausforderungen. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002):
Frauen in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2000):
Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050. Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (1999):
Die Dienstleistungsgesellschaft – Motor für Wachstum und Beschäftigung. Berlin.
- Caspar, S.; J. Dispan (2002):
Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart (Strukturbericht 2001/ 02). Stuttgart / Tübingen.

- Castells, M. (2001):
Das Informationszeitalter Bd.1
– Die Netzwerkgesellschaft. Opladen.
- Castells, M. (2002):
Das Informationszeitalter Bd.2
– Die Macht der Identität. Opladen.
- Collins, F.S., K. G. Jegalian (2000):
Die Roboter werden uns überholen,
In: Spektrum der Wissenschaft Spezial
Heft 1/2000
- Cost, H. u. M. Körber-Weik (Hrsg.) (2002):
Die Wirtschaft in Baden-Württemberg im
Umbruch. Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden- Württemberg,
Band 29. Stuttgart.
- Dangschat, J. (Hrsg.) (1999):
Modernisierte Stadt. Gespaltene Gesellschaft.
– Ursachen von Armut und sozialer Ausgren-
zung. Opladen.
- Deutsche Akademie für Städtebau und Landes-
planung (Hrsg.) (2002):
Stadtentwicklung durch Zuwanderung –
Vorbereitende Berichte zur Jahrestagung
2002.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2001):
Lebenslagen in Deutschland.
Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2001):
Zukunft der Stadt? – Stadt der Zukunft!
Dokumentation der Hauptversammlung 2001
in Leipzig. Neue Schriften des Deutschen
Städtetages; Band 81, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2001):
Integration und Stadt. In: Deutsche Zeitschrift
für Kommunalwissenschaften, Bd. 1. Berlin.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Auslän-
derfragen (2002):
Bericht der Beauftragten der Bundesregierung
für Ausländerfragen über die Lage der Aus-
länder in Deutschland. Berlin.
- Döring, D. (Hrsg.) (1999):
Sozialstaat in der Globalisierung.
Frankfurt am Main.
- Döring, D., Hanesch, W. u. E.-U. Huster (Hrsg.)
(1990):
Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main.
- Dörr, H. (Hrsg.)(1996):
Interkommunale Kooperation in Stadt-
regionen. Wien.
- Drescher, A.; Frischmuth, B.; v. Kodolitsch, P.
(Hrsg.) (1998): Bürger – Politik – Verwal-
tungsreform. Dokumentation zweier gemein-
samer Fachtagungen des Deutschen Instituts
für Urbanistik und der Kommunalen Gemein-
schaftsstelle 1997 in Berlin und 1998 in
Koblenz. Materialien des Deutschen Instituts
für Urbanistik; Band 2/98, Berlin.
- Enquete-Kommission, Dt. Bundestag, Referat
Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg) 2002:
Schlussbericht der Enquete-Kommission
„Demographischer Wandel“ – Herausforde-
rungen Unserer Älter werdenden Gesellschaft
an den Einzelnen und die Politik. Bonn 2002,
299 S.
- Esser, H. (2001):
Integration und ethnische Schichtung.
Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum
für Europäische Sozialforschung,
Nr. 40. Mannheim.
- Fellner, A.; N. Gestring (1990):
Zukünfte der Stadt. Szenarien der Stadt-
entwicklung. Oldenburg.
- Freund, B. (1998):
Segregation von Nationalitäten in einem
Metropolitanraum: Frankfurt und sein Umland.
In: Kemper F.-J.; P. Gans (Hg.): Ethnische
Minoritäten in Europa und Amerika – Geogra-
phische Perspektiven und Fallstudien.
Berliner Geographische Arbeiten, Heft 86.
Berlin. S. 33-53.
- Friedrichs, J. u. J. Blasius (2000):
Leben in benachteiligten Wohngebieten.
Opladen.
- Fürst, D.; Schubert, H. (1998): Regionale Akteurs-
netzwerke. In: Raumforschung und Raumord-
nung; Jg. 56, Heft 5/6, S. 352 – 359.
- Fürst, D. (2001):
Regional Governance – ein neues Paradigma
In der Regionalwissenschaft.
In: Raumforschung und Raumordnung; Jg.59,
Heft 5/6, S. 370 – 380.



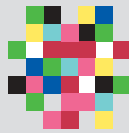
- Gabriel, K.J. (1996):
Mikroskopische Maschinen, Spektrum der Wissenschaft. Heft 4/1996.
- Gaebe, W. (Hrsg.) (1997):
Struktur und Dynamik in der Region Stuttgart. Stuttgart.
- Gemeindetag Baden-Württemberg (2002):
Bevölkerungsentwicklung in den Städten und Gemeinden. Die Gemeinde – Zeitschrift für die Städte und Gemeinden; Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg, Jg. 125, Heft 6.
- Glebe, G. (1997)
Urban economic restructuring and ethnic segregation in Düsseldorf. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 88, No. 2, S. 147–157.
- Göschel, A. (2001):
Stadt und Integration. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. Bd. 1/2001.
- Gottwald, E.(2002):
Hilfsarbeiter für die Leber. In: Spektrum der Wissenschaft Heft 1/2002.
- Häder, M. und S. (Hrsg.) (2000):
Die Delphi-Technik in den Sozialwissenschaften. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden
- Hall, P., Pfeiffer, U. (2000):
Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte, Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart, München
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1994):
Armut in Deutschland. Reinbek.
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1997):
Überlebt die soziale Stadt? – Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen.
- Hanesch, W., Krause, P. u. G. Bäcker (2000):
Armut und Ungleichheit in Deutschland. Hamburg.
- Hanhöster, H. (2001):
„Eene meene Muh und raus bis du?!“ – Lebenswelten türkischer Jugendlicher in benachteiligten Stadtteilen. Dortmund.
- Harlander, T. u. J. Jessen (2001):
Stuttgart – polyzentrale Stadtregion im Strukturwandel. In: Brake, K., Dangschat, J. u. G. Herfert (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Opladen.
- Häußermann, H. (2001):
Aufwachsen im Ghetto? In: Bruhns, K.; W. Mack (Hg.): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen. S. 37-51.
- Häußermann, H. (Hrsg.) (2000):
Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.
- Häußermann, H. u. A. Kapphan (2000):
Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? – Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen.
- Häußermann, H. u. I. Oswald (Hrsg.) (1997):
Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan Sonderheft 17 /1997. Opladen.
- Häußermann, H.; W. Siebel (1995):
Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/M.
- Häußermann, H.; W. Siebel (2001):
Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg.
- Heinz, W. (2000):
Stadt & Region – Kooperation oder Koordination – ein internationaler Vergleich. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik; Band 93, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Heitmeyer, W. u. R. Anhut (Hrsg.) (2000):
Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim / München.
- Heitmeyer, W., Backes, O. u. R. Dollase (Hrsg.) (1998):
Die Krise der Städte. Frankfurt am Main.
- Henkel, K. (2000): Globale Orte / Lokale Welten – Zur Konstitution lokaler Handlungsfähigkeit in der späten Moderne. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 58, Heft 1, S. 3 – 12.

- Heuberger, A. (1996):
Der weite Weg zur Mikrosystemtechnik,
In: Spektrum der Wissenschaft. Dossier 1.
- Hoffmann-Axthelm, D. (1993):
Die dritte Stadt. Frankfurt am Main.
- Hradil, S. (2001):
Soziale Ungleichheit in Deutschland.
8. Aufl. Opladen.
- Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart
(1999): Region Stuttgart: Baden-Württem-
bergs Motor für die Wirtschaft. Unveränderter
Nachdruck 2001, Stuttgart.
- Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart
(1999):
Statistik 2000 – Die Wirtschaft Baden-Würt-
tembergs und der Region Stuttgart. Stuttgart.
- Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart
(2001): Die Wirtschaftsregion Stuttgart –
Strukturen und Potentiale. Stuttgart.
- Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart;
Verband Region Stuttgart (1998):
Die Region Stuttgart im Standortwettbewerb –
Ein Vergleich von Regionen in Deutschland
und Europa. Stuttgart.
- Initiativkreis Metropolregionen in Deutschland
(2003): Entwurf eines Strategiepapiers.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungs-
forschung (Hrsg.) (1989):
Szenarien in der Stadtentwicklung.
Zum Stand der Diskussion. Dortmund.
- Institut für Entwicklungsplanung und Struktur-
forschung an der Universität Hannover
(1998, 2002):
Sozialverträglichkeitsuntersuchung EXPO
2000: Expertendelphi 1 – 1998 und Exper-
tendelphi 2 – 2000 „Entwicklungsanalyse
Stadt Hannover“. IES Berichte Nr. 109.02
und 214.98, Hannover.
- Jansen, M. u. S. Baringhorst (Hrsg.):
Politik der Multikultur. Vergleichende Perspek-
tiven zu Einwanderung und Integration.
Baden-Baden.
- Jessen, J. (1998):
Stadtmodelle im europäischen Städtebau –
Kompakte Stadt und Netz-Stadt.
In: H. Becker/ J. Jessen/ R. Sander (Hg.):
Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und
Europa. Stuttgart / Zürich, S. 489 – 504.
- Jürgens, K. M. (1998):
Benachteiligte und bevorzugte Wohngebiete in
Köln. Eine Untersuchung zu Lebensstilen und
Normen in unterschiedlichen Kölner Wohn-
gebieten. Köln. (Unveröffentlichte Magister-
arbeit an der Universität Köln, Fachbereich
Soziologie).
- Karl, T.R.; K. E. Trenberth (2000):
Mensch und Klima, In: Spektrum der Wissen-
schaft Spezial Heft 1/2000.
- Keller, C. (1999):
Armut in der Stadt- Zur Segregation benach-
teiligter Gruppen in Deutschland. Opladen.
- Kemper, F.-J. (2000):
Außenwanderungen in Deutschland. Wandel
der regionalen Muster in den 80er und 90er
Jahren. In: Petermanns Geographische Mit-
teilungen Jg. 144, Heft 1, S. 38-49.
- Klagge, B. (2001):
„Armutsgghettos“ in westdeutschen Städten?
Konzeptionelle Überlegungen und empirische
Befunde. In: Die Erde 132, S. 141–160.
- Klim, R. (1999):
Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit –
Über die Entwicklung städtischer Polari-
sierungsprozesse. Basel.
- Knemeyer, F.-L. (1994): Europa der Regionen –
Europa der Kommunen. Kommunalrecht –
Kommunalverwaltung; Band 13, Baden-
Baden.
- Knieling, J.; Fürst, D.; Danielzyk, R. (1999):
Kooperative Handlungsformen in der Regio-
nalplanung. Konzeptionelle Überlegungen zur
Analyse der Planungspraxis. In: Raumfor-
schung und Raumordnung;
Jg. 57, S. 195 – 200.



- Knieling J; D. Fürst, R. Danielzyk (2002):
Kooperative Handlungsformen in der Regionalplanung. Zur Praxis der Regionalplanung in Deutschland.
In: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. Regio spezial Bd. 1. Dortmund
- Köcher, R. (2001): In die Städte kommt Bewegung – Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt. In: Neue Schriften des Deutschen Städtetags; Band 81, S. 51 - 65, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Kohli, M. (1993):
Fragestellung und theoretische Grundlagen.
In: Kohli, M. u.a. (Hg.): Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Biographie und Gesellschaft, Band 11. Opladen. S. 13-44.
- Kohli, M; H. Künemund (2000):
Bewertung und Ausblick. In: Kohli, M; H. Künemund (Hg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Lebenslauf, Altern, Generation, Band 1. Opladen. S. 337-342.
- Krämer, W. (2000):
Armut in der Bundesrepublik.
– Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs. Frankfurt am Main.
- Kreh, O. (2001):
Die Wirtschaftsregion Stuttgart – Strukturen und Potenziale.
IHK Region Stuttgart. Stuttgart.
- Künemund, H.; B. Hollstein (2000):
Soziale Beziehungen und Unterstützungsnetzwerke. In: Kohli, M; H. Künemund (Hg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Lebenslauf, Altern, Generation, Band 1. Opladen. S. 212-276.
- Kujath, H J.; v. Schlippenbach, U. (2002):
Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen als Herausforderung für Politik und Wirtschaft – Ergebnisse einer Fachkonferenz. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/7, S. 381 – 392.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt (Hrsg.) (1999): Sozialdatenatlas Kinder und Jugendliche. Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart (2001):
Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart. Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Sozialamt (2001):
Armut in Stuttgart. Quantitative und qualitative Analysen. Sozialbericht 1. Stuttgart
- Leistico, D. (1994):
Immigration und Multikulturalismus in Frankreich – eine Fallstudie. Trier.
- Liedtke, P.M (2003):
Work Beyond 60: Preparing for the Demographic Shock, Club of Rome.
- Loch, D. u. W. Heitmeyer (Hrsg.) (2001):
Schattenseiten der Globalisierung.
Frankfurt am Main.
- Luft, S. (2003):
Die Dynamik der Desintegration. Erwartungen an die Migranten, in: Stadtbauwelt H. 12/03
- Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2001):
Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten. Berlin.
- Mäding, H. (Hrsg.) (1999): Zwischen Überforderung und Selbst-Behauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie. DIFU-Beiträge zur Stadtforschung; Band 27, Berlin.
- Märker, O.; U. Rottbeck; M. Trénel;
B. Morgenstern (2002):
Internet-basierte Bürgerbeteiligung. Computerunterstütztes Wissens- und Konfliktmanagement in öffentlichen Diskursen.
In: RaumPlanung 103, S. 193-197
- Miegel M. (2002):
Die deformierte Gesellschaft – wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin
- Mirbach, T. (Hrsg.) (1999):
Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam.
- Mooney, D.J., A.G. Mikos (1999):
Organe von der Stange, Spektrum der Wissenschaft. In: Spezial Heft 4/1999

- Münz, R; W. Seifert; R. Ulrich (1999):
Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen
Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt.
- Paugam, S. (1998):
Von der Armut zur Ausgrenzung:
Wie Frankreich eine neue soziale Frage lernt.
In: Zeitschrift für Sozialreform, H. 44.
- Priebs, A. (2002):
Die Bildung der Region Hannover und ihre
Bedeutung für die Zukunft stadtreionaler
Organisationsstrukturen.
In: Die Öffentliche Verwaltung; Jg. 55, Heft 4,
S. 144 – 151.
- Priebs, A. (2002):
Neubau der Region.
In: Blanke, B.; v. Bandemer, S.; Nullmeier, F.
Wewer, G. (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungs-
reform, 2. Auflage, S. 134 –143, Opladen.
- Rescher, H. (2001)
Städtebau online – Virtuelle Wende in der
Bürgerbeteiligung? In: PlanerIn Heft 3/2001
- Rifkin, J. (2000): S 489 – 504
Access- das Verschwinden des Eigentums.
Frankfurt am Main.
- Rifkin, J. (1997):
Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft.
Frankfurt am Main.
- Ring, P. (2002):
Die Industrie als Impulsgeber für die Wirt-
schaft – Strukturwandel und Dienstleistungs-
verflechtung der Region Stuttgart im inter-
regionalen Vergleich. IHK Region Stuttgart.
Stuttgart.
- Rudolph-Cleff, A. (1996):
Die zukünftige Bevölkerungsstruktur Deutsch-
lands nach Staatsangehörigkeit, Geburtsort
und ethnischer Herkunft: Modellrechnung bis
2050. Berlin / Windhoek.
- Sassen, S. (2000):
Migranten, Siedler, Flüchtlinge – Von der
Massenauswanderung zur Festung Europa.
3. Aufl. Frankfurt.
- Schäfers, B. u. W. Zapf (Hrsg.) (2001):
Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutsch-
lands. 2. Aufl. Opladen.
- Schmid, J. (2001):
Bevölkerungsentwicklung und Migration in
Deutschland. In: Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ vom 19.10.2001. Bonn.
- Schön, K. P.; (1996):
Agglomerationsräume, Metropolen und Metro-
polregionen Deutschlands im Statistischen
Vergleich.
In: Agglomerationsräume in Deutschland;
Forschungs- und Sitzungsberichte der Akade-
mie für Raumforschung und Landesplanung,
Band 199, S. 361 – 397. Hannover.
- Schön, K. P.; Strubelt, W. (1996).
Agglomerationsräume in Deutschland –
Ansichten, Einsichten, Aussichten.
In: Agglomerationsräume in Deutschland; For-
schungs- und Sitzungsberichte der Akademie
für Raumforschung und Landesplanung, Band
199, S. 3 – 25. Hannover.
- Schulz, E. (2000):
Migration und Arbeitskräfteangebot in
Deutschland bis 2050.
In: DIW-Wochenberichte 48 (www.diw.de)
- Sennett, R. (1999):
Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen
Kapitalismus. 9. Aufl.. New York / Berlin.
- Simmel, G. (1984):
Die Großstädte und das Geistesleben.
In: Simmel, G.: das Individuum und die Frei-
heit. Berlin.
- Späth, L ; H. A. Henzler (2001):
Jenseits von Brüssel, München.
- Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.)
(1972):
Dokumentation über die Verwaltungsreform in
Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Steinacher, B. (2002):
Handlungspotenziale in den Metropolregionen
– Thesen und Beispiele aus der Metropol-
region Stuttgart.
In: Informationen zur Raumentwicklung; Heft
6/7, S.337-380.
- Sterling, T. (2002)
Auf dem Weg zum „Billiardenrechner“ ,
In: Spektrum der Wissenschaft. Heft 1/2002



- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“
(Hrsg.) (2001):
Zuwanderung gestalten, Integration fördern.
Berlin.
- Verband Region Stuttgart (1999):
Regionalplan vom 22.07.1998, Stuttgart.
- Verband Region Stuttgart; Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart; Handwerkskammer Region Stuttgart; IG Metall Region Stuttgart (2002):
Strukturbericht 2001/02 – zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart, Stuttgart/Tübingen.
- Weber, A. (Hrsg.) (1997):
Einwanderungsland Bundesrepublik in der Europäischen Union. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, Band 5.
- Wehling, H.-G. u. A. Werner (1975):
Kleine Gemeinde im Ballungsraum. Berlin.
- Wehling, H.-G. (1996):
Gemeinden und Kommunalpolitik.
In: Bausinger, H.; Eschenburg, T. u.a.: Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde. Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs; Band 1, 4. Auflage, S. 150 – 171, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Wehling, H.-G. (2000):
Lokale Lebensbezirke und Kommunen.
In: Normen Stile Institutionen – Zur Geschichte der Bundesrepublik. Schriften-Reihe der Bayerischen Zentrale für politische Bildungsarbeit; Band 57, S. 87 – 99, München.
- Wickel, M. (2001):
Zur rechtlichen Organisationen von Regionen.
In: Die Öffentliche Verwaltung Jg. 54, Heft 20, S. 837 – 849.
- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (2003):
Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Wolf, S. (1997):
„Hauptstadtregion Stuttgart“ – alte und neue Wege im Kommunalrecht. Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht; Band 37, Berlin.
- Wollmann, H.; Roth, R. (Hrsg.) (1998):
Kommunalpolitik – Politisches Handeln in den Gemeinden. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; Band 356, 2. Auflage, Bonn.
- www.ballungsraum-stuttgart.de
- www.boomtown-stuttgart.de
- www.ClubOfRome.org/archive/publications/
- www.empirica.de/infogesell/
- www.iff.org/html/features/globalization
- www.statistik-bw.de
- www.zukunft.de/projekte

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Organisationsstruktur des Verbundprojektes	9
Abb. 2: Europäische Metropolregionen	11
Abb. 3: Teilräume	16
Abb. 4: Übersicht über die Grundzüge der vier Teilvorhaben des Projekts StadtRegion Stuttgart 2030	18
Abb. 5: Zeitplan und Ablaufschema	21
Abb. 6: Ergebnistransfer in Projekte der Stadtentwicklung in Stuttgart	24
Abb. 7: Dimensionen der Befragung	28
Abb. 8: Fachkenntnis der befragten Expertinnen und Experten	29
Abb. 9: Beurteilungsschlüssel zum Antwortverhalten Experten-Delphi 30	30
Abb. 10: Ablauf Experten-Delphi	31
Abb. 11: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 2	32
Abb. 12: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 15	33
Abb. 13: Ergebnisse des Experten-Delphis; Fragen 20/21	34
Abb. 14: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 47	34
Abb. 15: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 44	35
Abb. 16: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 48	36
Abb. 17: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 56	37
Abb. 18: Ergebnisse des Experten-Delphis; Frage 62	38
Abb. 19: Kontrastszenarien des Experten-Delphis	38
Abb. 20: Regelkreis der Integration	41
Abb. 21: Prognose zur Veränderung der Altersstruktur (nach Anteilen der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung) in den Kreisen der Region Stuttgart von 1998 bis 2010	45
Abb. 22: Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Baublöcken in Bad Cannstatt 2001	50
Abb. 23 und 24: Charakteristische Bebauung in Hallschlag und Neckarvorstadt	53
Abb. 25: Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung nach Baublöcken in Wangen 2001	57
Abb. 26: Befürchtungen und Sorgen der Workshop- TeilnehmerInnen zum Älterwerden in Wangen	58
Abb. 27: Bad Cannstatt	63
Abb. 28: Neckartal	64
Abb. 29: Ostfildern Scharnhäuser Park	64
Abb. 30: Teilprojekt Soziale Stadtentwicklungsperspektiven und teilsräumliche SzenarienQuartierszenarien im Überblick	67
Abb. 31: Workshop Jahn-Realschule	69
Abb. 32: Screenshot Quartiersszenario Schmelztiegel Bad Cannstatt 2020	70
Abb. 33: Screenshot Quartiersszenario Neckartal 2030	74
Abb. 34: Workshop Stadthaus Ostfildern	78
Abb. 35: Screenshot Quartiersszenario Ostfildern Scharnhäuser Park 2030	80
Abb. 36: Ausgleich begründet eine ausgewogene Raumentwicklung	83
Abb. 37: Alterstruktur StadtRegion Stuttgart 2000 – 2020	84
Abb. 38: Kleinräumige und engmaschige Organisationsstrukturen fördern Demokratie und bürgerschaftliches Engagement	85
Abb. 39: Stark gegliederte Siedlungsstruktur in überschaubaren Einheiten und mit Schwerpunkten der Versorgung begünstigen hohe Wohnqualität und Partizipation	94

